

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, später: früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107.

Dienstag, den 9. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Steuerfiasko.

Die kürzlich bekanntgegebene Übersicht über die Reichseinnahmen im Etatsjahr 1910 bedeutet eine neue tüchtige Blamage für die Steuermacher des schwarzblauen Schnapsblocks. Das Gerede von der „Gesundung der Reichsfinanzen“, das der Reichskanzler und der Reichsschatzsekretär angestimmt haben, erweist sich als eitel Dunst. Und die Konservativen und Merikalen, die soeben noch sich für den Plan ereiferten, den Etatsvoranschlag für 1912/13 noch dem jetzigen Reichstag vorzulegen, damit alle Welt den guten Stand der Reichsfinanzen erkenne, sie werden an den Ziffern des abgelaufenen Jahres nur sehr bescheidene Freude haben.

Im Etatsjahr 1910/11, das vom 1. April 1910 bis Ende März dieses Jahres lief, ist die Wirkung der neuen Steuern zum erstenmal für ein ganzes Jahr eingetreten, während im Jahre 1909 die Reichsfinanzen nur für etwa sechs Monate durch diese Steuern beeinflusst wurden. Der „Erfolg“ der neuen Schnapsblocksteuern läßt sich also jetzt ziemlich sicher überschauen. Und da zeigt sich denn, daß dieser Erfolg, auch abgesehen von dem volksfeindlichen Charakter dieser Steuern, ein ansehnlicher Mißerfolg ist, daß die neuen Steuern lange nicht so ergiebig sind, wie ihre Urheber gedacht haben.

In den „gutgesinnten“ Blättern wird allerdings von einem „guten Erfolg“ im Reichsfinanzgesetz von nationalliberalen Blättern, deren Partei sich doch darauf etwas zugute tut, gegen die schlechte Finanzreform gestimmt zu haben, fallen auf diese offiziös beeinflusste Darstellung hinein. Der „gute Abschluß“ besteht aber nur darin, daß der Etatsvoranschlag um 35,7 Millionen Mark übertroffen worden ist. Von diesem Plus kommen aber 27,3 Millionen Mark auf die Zolleinnahmen. Dieser Mehrertrag hat offenbar so gut wie nichts mit den neuen Steuern zu tun; es ist als ausgeschlossen zu betrachten, daß die im Jahre 1909 erhöhte Zölle auf Tabak, Kaffee, Tee diesen Mehrbetrag herbeigeführt haben. Mit den Erträgen der neuen Steuern aber — und hierauf kommt es an — sieht es gegenüber dem Etatsvoranschlag der schwarzblauen Steuerkünstler recht ungünstig aus. Und noch ungünstiger ist das Bild, wenn wir die Ziffern der Etatsübersicht mit den jetzigen Erträgen vergleichen, die die Steuern im Beharrungszustand, also dann, wenn sie voll zur Wirkung gelangen, abwerfen sollen.

Ein besonders starkes Fiasko zeigt bekanntlich die Branntweinsteuer. Diese Steuer sollte nach dem Plane der Finanzreform ein Mehr von 80 Millionen bringen. Im Etat für 1910 wurde dieser Betrag schon auf 60 Millionen herabgesetzt. Aber das tatsächliche Ergebnis bleibt um nochmals 27 Millionen zurück. Einkommen sind statt des Etatsanschlages von 180 Millionen Mark nur 153 Millionen. Dies ist ein bedeutender Erfolg des Schnapsboykotts der Sozialdemokratie. Durch den kulturellen Kampf unserer Partei ist der Fufelverbraucher bedeutend zurückgegangen und das Reich ist nicht imstande, auf Kosten der Armen die Gewinne einzuheimsen, die die Sunker, um sich selbst vor Steuerzahlung zu drücken, ihm zugebacht hatten. Diese Verminderung der Reichseinnahmen können wir nur mit vollster Genugtuung begrüßen.

Die Schammweinsteuer sollte einen Mehrertrag von 5 Millionen bringen, im Etatsentwurf setzt man nur 4,8 Millionen mehr ein. Aber der wirkliche Ertrag bleibt hinter dem Etat um 0,4 Millionen, hinter der ursprünglichen Ertragsberechnung um 0,6 Millionen Mark zurück. Nicht günstig sieht es auch mit der Leuchtmittelesteuer aus, die im Beharrungszustand 26 Millionen einbringen soll. Im Etat 1910-1911 begünstigte man sich, nur 15 Millionen einzufahren, aber der Ertrag bleibt hinter diesem Ansatze noch um mehr als 5 Millionen zurück. Diese Steuer bringt vorläufig nur die Hälfte von dem, was sich die Steuermacher versprochen hatten. Die Zündholzsteuer war mit 15 Millionen im Etat eingelegt, brachte aber bloß 14 Millionen. Im Beharrungszustand sollte diese Steuer 25 Millionen Mark bringen, dahinter bleibt sie also bisher um volle 11 Millionen zurück. Aus der Erhöhung der Brausteuer sollten 100 Millionen Mehrertrag geschlagen werden, für das Jahr 1910-11 begünstigte man sich, nur 56 Millionen Mehrertrag einzufahren, der Ertrag aber bleibt auch dahinter noch um 1,3 Millionen Mark zurück. An dem erhofften endgültigen Mehrertrag fehlen etwa 45 Millionen.

Aus den gesamten Borsensteuern ist ein Mehr von 17,3 Millionen erreicht worden. Es ist dies ein Beweis für die lebhaftere Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Aber der Hauptteil dieses

Mehrertrags, 10 Millionen, entfällt auf den Stempel auf Kauf- und Anschaffungsgegenstände, d. h. auf einen Stempel, der gerade bei der Finanzreform eine Erhöhung nicht erfahren hat. Bei denjenigen Borsensteuern, die 1909 erhöht oder neu gemacht wurden (Stempelabgabe auf Wertpapiere und Talonsteuer) beziffert sich die Überschreitung des Etatsanschlages auf 7,7 Millionen. Aber hinter dem Mehrertrag von 50 Millionen, auf den im Beharrungszustand die neuen Borsensteuern von ihren Urhebern geschätzt wurden, bleibt das jetzige Ergebnis immer noch um 18,3 Millionen zurück. Die Wechselstempelsteuer sollte durch die Erweiterung, die sie 1909 erfuhr, 8 Millionen mehr bringen; in den Etat setzte man nur ein Mehr von 3 Millionen, und selbst dahinter bleibt das Ergebnis um 1,6 Millionen zurück. Ganz schlimm sieht es ferner mit dem Schektelstempel aus. Er sollte 12 Millionen bringen, er wurde mit 7,3 Millionen in den Etat eingelegt, hat aber nur 3,5 Millionen gebracht.

Nur der Ertrag der Grundstücksübertragungsabgabe bietet den schwarzblauen Brüdern einen Lichtblick. Er bringt 42,8 Millionen, das sind 17,3 Millionen mehr als Etatsantrag und sogar 2,8 Millionen mehr als die für den Beharrungszustand erhoffte Einnahme. Dieser „Erfolg“ ist ein Zeichen dafür, daß im vergangenen Jahr ein besonders starker Umsatz von Grundstücken stattgefunden hat. Die Verderblichkeit auch dieser Steuer, die ja auf Schuldner und vor allem auf die Mieter abgewälzt wird, tritt um so schärfer hervor, je ertragreicher sie ist.

Die Tabaksteuer hat 11,8 Millionen gebracht, sie blieb um 2,6 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. mehr als veranschlagt war. Wie sich der Tabak- und Zigarettenzoll gestaltet hat, ist aus den vorliegenden Zahlen noch nicht zu ersehen.

Insgesamt ergibt sich — wir folgen hier einer Zusammenstellung der „Frei. Ztg.“ — folgendes Bild: Bei den neuen Steuern — die einen Vergleich zulassen, also bei allen mit Ausnahme der Erhöhungen der Zölle und der Tabaksteuer — hat man von vornherein bei der Aufstellung des Etats für 1910 130 Millionen Mark von der bei Erlass der Finanzreform geschätzten Summe abgeschrieben. Aber nicht einmal dieser stark reduzierte Betrag ist im abgelaufenen Jahre wirklich erreicht worden, vielmehr hat sich ein Defizit von 15 Millionen Mark ergeben. Nur infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs, an dem doch der schwarzblaue Block herzlich unschuldig ist, dem er sogar durch seine Politik entgegenzuarbeiten sucht, ist der Ertrag zweier Verkehrssteuern über den Etat hinausgekommen, alle übrigen Steuern sind, zum Teil beträchtlich, dahinter zurückgeblieben. Dabei ist noch eins zu beachten. Zu einem großen Teile hat die Finanzreform bereits bestehende Steuern erhöht. In allen obigen Berechnungen aber sind die natürlichen Mehrerträge, die die ursprünglichen niedrigeren Steuern gebracht haben würden, ohne weiteres voll der Finanzreform zugute geschrieben. Berücksichtigt man dies, dann erscheint das Zurückbleiben der blaueschwarzen Steuern hinter den an sich schon niedrigen Etatsansätzen in einem um so schärferen Lichte.

Die Übersicht über die Reichseinnahmen offenbart ein ganz bedeutendes Fiasko der Steuermacher selbst in bezug auf die Ertragsfähigkeit der neuen Steuern. Man hat die unsinnigsten und volksfeindlichsten Steuern geschaffen, aber auch in den Erträgen, die sie bringen, hat man sich vollständig getäuscht. Volksbedrückung und Fiasko obendrein!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Um die Reichsversicherungsordnung.

Der Reichstag setzte am Montag seine Beratung — in Gänjesförmchen — der Versicherungsordnung und der Trappistenblock seine Wanzentaktik, um den treffenden Ausdruck des Genossen Zubeil zu benutzen, fort. Mit der Mehrheit schwieg auch die Regierung. In den ersten Tagen hatte wenigstens noch der Berichterstatter über das erste Buch, Herr Dröschner, gesprochen; der Berichterstatter aber über das zweite Buch, der reußische Nationalliberale Horn, ging mit seiner Lungenkraft weit sparsamer um. Soweit die Mehrheit sich überhaupt an der Debatte beteiligte, geschah das in Form von lauten Privatgesprächen, durch die mit ersichtlicher Absichtlichkeit die Ausführungen unserer Fraktionsredner übertönt werden sollten. Die einschneidendsten Bestimmungen, an denen das Wohl und Wehe ungezählter Arbeiter hängt, veranlaßten die Mehrheit nicht, ihre Mäuler aufzutun und noch stummer war die Regierung. Bis 7 Uhr abends dauerte diese angebliche Beratung, in der etwa 39 Paragraphen „erledigt“ wurden. Die Para-

graphen über die Wöchnerinnenbeihilfe wurden nicht zu Ende beraten. Die Mehrheit hatte den seltsamen Geschmack, auf die eingehenden und trefflichen Darlegungen des Genossen David durch einen ultramontanen Kleinmeister, namens Trl, antworten zu lassen. — Weitläufig in den meisten Fällen blieb bei den Abstimmungen, von denen eine namentlich war, unsere Fraktion isoliert, bisweilen stimmten die Polen, manchmal einige Freisinnige, selten alle Freisinnigen, und nur in Ausnahmefällen Freisinnige und Polen mit ihr. Immerhin soll anerkannt werden, daß in einigen Fällen selbst der sonst so reaktionäre Mugdan für unsere Anträge sprach. Am besten hielten sich von den Freisinnigen der alte Träger und Segter. Außer David sprachen an diesem Tage die Genossen Mollenbuh, Hoch, Hue, Schmidt-Berlin, Severing, Göhre, Zubeil, Büchner, Sachse, Kunze und Busold. Am Dienstag geht die Wanzentaktik weiter.

Gegen die Reichsversicherungsordnung

in ihrer heutigen Gestalt nahm am Freitag eine Versammlung der Vorstände der Krankenkassen des Ausschussesbezirks Stadt Köln Stellung. In einer einmütig beschlossenen Resolution wurde ausgesprochen, daß die Vorlage nach den Beschlüssen der Reichstagskommission neben einzelnen Verbesserungen eine ganze Reihe von Verschlechterungen auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens bringe. Die Versammlung ersucht den Reichstag, die schweren Mängel abzustellen, oder aber die Reichsversicherungsordnung abzulehnen. Die Kolonialisten, die in einzelnen Rötter Kassen noch einigen Einfluß besitzen, schlossen sich dem Proteste an. Ein Unternehmer betonte, die Erhöhung der Leistungen sei lediglich auf die Tätigkeit der Arbeitervertreter zurückzuführen. Bei der Anstellung von Beamten sei in keiner Kasse niemals parteipolitischer Mißbrauch getrieben; entscheidend sei stets die Befähigung der Bewerber gewesen. Im Namen aller Unternehmer, die sämtlich den bürgerlichen Parteien angehören, sprach er aus, daß keine Veränderung der bestehenden Zustände gewünscht werde. Ein Kassenbeamter, der sich zu den Jungliberalen rechnete, wies darauf hin, daß durch die Entrechnung der Kassenbeamten vor allem die bürgerlichen Parteien getroffen würden, besonders die Nationalliberalen und das Zentrum; denn in ihrer überwiegenden Mehrheit seien die Kassenbeamten Mitglieder dieser Parteien.

Die Rechenberg-Debatte.

Trotz der Niederlage, die die Liebert- und Arndt-Clique mit ihren Angriffen gegen den Gouverneur von Rechenberg im Reichstage erlitten hat, geht das Treiben lustig weiter. Die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“, die in der Wahl der Mittel nie von Skrupeln geplagt war, muß den ersten Bolzen abfeuern. Sie wirft dem Gouverneur vor, daß er mit seiner Eingeborenenpolitik in Ostafrika die Wahrung der weißen Ansiedler nicht stärkt, sondern sie systematisch untergräbt. Das Ziel, den Gouverneur zu stürzen, soll jetzt dadurch erreicht werden, daß man dem Staatssekretär v. Lindemann lobhuldig, um einen Gegensatz zwischen ihm und dem Gouverneur zu konstruieren. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bemerkt nämlich:

„Da der jetzige Staatssekretär des Kolonialamts als Freund der Kleinbedingten bekannt ist, ist wohl zu erwarten, daß er auch dieser Frage das größte Interesse entgegenbringt und dafür Sorge trägt, daß ein Gedanke von der höchsten Spitze bis zu den untersten Organen unserer Kolonialregierung erfüllt: Die deutschen Kolonien ein Neu-Deutschland, das eine Heimat wird für ein neues, zahlreiches deutsches Volk!“

Die Sehnsucht nach ihrem Freund, dem Hänge-Peters, ist eben bei Kolonialpolitikern vom Schlage der Arndt und Konsorten eine geradezu unabweigbare. Zwar ist an eine Wiederanstellung dieses Herrenmenschen nicht zu denken, aber mindestens sein „bewährtes“ System möchte man wieder angewandt wissen.

Dertel als Sonntagsprediger.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Dertel in den Schlußjahren einer längeren Sonntagsepistel: „Schließlich aber muß noch auf eins hingewiesen werden. Und das ist und bleibt die Hauptsache: die Erziehung, und die Erzieher müssen alles tun, um der Jugend den Glauben und die Religion zu bewahren oder ins Herz zu pflanzen. Das ist unser Ceterum censeo, das ist das einzige Allheilmittel für unsere Jugend und für das werdende Volk. Eine Jugend ohne religiösen Halt, eine Jugend, die nicht wurzelt im Felsen Grunde des Glaubens, wird zum Spielball der Versuchungen, findet in den Stunden schwerer und trüber Wirrnisse keinen Ausweg. . . . Mögen die äußeren Gründe der Schüler- selbstmorde auf den verschiedensten Gebieten liegen: es

gibt von den meisten jugendlichen und alten Selbstmördern das Wort, das einst dem Heilande entgegenklang: Herr, wärest Du bei ihm gewesen, unser Bruder wäre nicht gestorben! Bei wem der Herr ist, wer den Weg zum Gottesherzen gefunden hat, der findet einen Ausweg auch aus den dunkelsten Tafen der Beklammernis, auch aus den tiefsten Schluchten der Verzweiflung.

Das Verlesche Erziehungsrezept, das Volk der Kultur und Freiheit zu Gipfelhöhen zu führen, umfasst drei Erziehungsmittel: Lebensmittelschwärzer, Prügelstrafe und Religion!

Der Verfassungs-Aushandel.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ konnte am Sonnabend in seiner Morgenausgabe melden, daß über die strittigen Bestimmungen in der Vorlage, die Verfassung für Elsaß-Lothringen betr., zwischen den Führern der bürgerlichen Parteien und der Regierung eine Verständigung erzielt worden sei. Nur einige Forderungen der Freikonservativen seien noch in der Schwebe. Am Sonnabend abend teilte nun die „Nationalliberale Korrespondenz“ eine Zuschrift mit, die ihr von „beachtenswerter Seite“ zugegangen ist, und in der ausgesprochen wird:

„Die in einem Teil der Presse verbreitete Mitteilung, daß zwischen der Regierung und den Parteien des Reichstages eine Einigung über die reichsständische Verfassungsfrage endgültig abgeschlossen sei, beruht auf einem Irrtum. Wohl haben zwischen den Vertretern der Reichsregierung und einzelnen Parteien des Reichstages Verhandlungen stattgefunden, doch haben dieselben zu einer Einigung bislang noch nicht geführt.“

Die „Nationalzeitung“, die man bisher immer zu den führenden Organen der nationalliberalen Partei zu zählen gewohnt war, gibt dagegen in ihrer Ausgabe vom Sonntag morgen die Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wieder, wonach das Kompromiß fertig sei und die Vorlage auf die Stimmen des Zentrums und der Liberalen rechnen könne.

Es hat den Anschein, als ob die Nationalliberalen wieder einmal selber nicht wissen, in welcher Weise mit ihnen Schindluder getrieben wird. So viel aber steht fest, daß sehr eingehende Verhandlungen mit den Parteiführern stattgefunden haben, und der Vorsitzende, Prinz Schönau-Carolath, hat in einer Besprechung der Kommissionsvorsitzenden mit einem geradezu auffallenden Eifer daran festgehalten, daß seine Kommission diesen Dienstag unter allen Umständen zu einer Sitzung zusammentreten müsse. Sedenfalls wird man dann am Dienstag Authentisches erfahren können.

Die Bedenken der Agrarier schwinden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beginnt sich mit dem schwedischen Handelsvertrag allmählich anzuföhnen. Sie hat nämlich entdeckt, daß die Zollfreiheit für Milch und Rahm sich nur auf einkeimige und peptonisierte Milch bezog. Rahm bezieht. Für die anders beschaffene Milch hat eine Bindung der Zollfreiheit nicht stattgefunden. Wie das agrarische Blatt erklärt, fällt damit eines seiner Bedenken gegen den Vertrag hinweg. Die Agrarier beantragen, um dann späterhin den gleichen Zoll auch gegen andere Staaten durchsetzen zu können.

Schafft Pulver!

Die Partei Drehscheibe braucht Geld. Zwar sind die Wassermänner von alters her gewöhnt, sich ihre Wahlkosten in der Hauptsache von den Scharfmacherverbänden und einzelnen großindustriellen „Gönnern“ bezahlen zu lassen, deren Interessen sie mit mehr Eifer als Gesdick im Parlament vertreten. Aber neuerdings haben die nationalliberalen Herrschaffen scharfe Konkurrenz durch den Reichsmehrheitsverband und andere nationale Organisationen ähnlichen Kalibers bekommen, die sämtlich dringend Moneten brauchen, und außerdem sammeln die Scharfmacher, um ihre parlamentarischen Kommis besser an die Strippe zu bekommen, selbst eifrig an einem Wahlfonds. Da es immerhin fraglich ist, ob der Hansabund imstande ist, den eventuell entstehenden Ausfall an Wahlgeldern völlig zu decken, und schließlich auch einige Nebenpejen im Wahlkampfe entstehen, für die die großindustriellen Geldgeber keine Deckung leisten, so sieht sich jetzt die Zentralkommission der nationalliberalen Partei gezwungen, unter ihren Parteifreunden und solchen Personen, die es eventuell noch werden könnten, den Klingelbeutel zu schwingen. Sie versendet das folgende Schreiben:

Sehr geehrter Herr und Parteifreund!

Anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen werden besondere Anträge an die Parteikasse gestellt. Der geschäftsführende Ausschuss richtet aus diesem Grunde die ergebene Bitte an Sie, die von der nationalliberalen Partei amtlich herausgegebenen Nationalliberalen Blätter durch Aufgabe von Inseraten zu unterstützen. Infolge der ausgedehnten Verbreitung unter Wochenchrift unter den Anhängern der nationalliberalen Partei dürfte es sich empfehlen, dieselben ständig in Ihrem Interkontosetat aufzunehmen, da ein nennenswerter Erfolg der Anzeigen zu erwarten ist.

Der Betrag aus den Inserateneinnahmen wird lediglich zu Parteizwecken verwendet.

Der geschäftsführende Ausschuss

Bassermann
M. d. N., 1. Berf.

Dr. Friedberg
M. d. N., 2. Berf.

Es ist jedenfalls ein etwas eigenartiger Weg, der hier eingeschlagen wird, um die Parteikasse zu füllen. Damit es aber auf jeden Fall zum Ziele führt, wird dem Zirkular gleich noch eine zweite Aufforderung beigegeben, auf der das Zentralbureau der Partei nochmals seine uneigenartigen Dienste als „Vermittler gleichgesinnter Produzenten und Konsumenten“ — Gegenleistung: ein Inseratenauftrag von mindestens 20 Mark pro Monat — anbietet. Wer also gerade nicht weiß, wohin mit dem Gelde, findet hier eine zweckmäßige Kapitalanlage, womit er sich zugleich den heißen Dank der Wassermänner erwerben kann.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Die bürgerlichen Parteien in Stuttgart hatten am Montag vormittag eine Besprechung, um die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl zu erzielen. Die Besprechungen verliefen resultatlos. Die

nationalliberale Partei hat den Regierungsrat Lautenschläger vorgeschlagen, den auch die konservative Partei unterstützen will, während das Zentrum noch schwankt. Die von der Volkspartei vorgeschlagenen beiden Kandidaten fanden zum Teil bei den Konservativen, zum Teil bei den Nationalliberalen keine Unterstützung, während das Zentrum erklärte, diese Kandidaten nur dann unterstützen zu wollen, wenn sich alle Parteien auf eine Persönlichkeit einigen würden. Die Volkspartei lehnt es jetzt ab, den nationalliberalen Kandidaten zu unterstützen, weil Lautenschläger noch vor wenigen Wochen als Regierungsbeamter die Verstaatlichung der Stuttgarter Polizei vertrat. Die Nationalliberalen haben nun offiziell beschloffen, mit aller Kraft für Lautenschläger einzutreten. Die Einigungsverhandlungen dürften damit endgültig gescheitert sein.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Montag die Eisenbahnbehalte noch nicht zu Ende geführt, obgleich 36 Redner zum Worte kamen, die sich ausschließlich mit lokalen Verkehrsfragen beschäftigten. Weitere 51 Abgeordnete haben sich noch zum Worte gemeldet. Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt werden. Auf der Tagesordnung steht das Gesetz zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts.

Ein Polizeispigel entlarvt.

In Bochum ist ein Polizeispigel entlarvt worden, der zunächst einige Zeit sein sauberes Handwerk in den Kreisen der Nationalpolen im Ruhrgebiet getrieben hat, und sich jetzt auch in die Reihen unserer Partei einschleichen wollte.

Sein Name ist Stefan Wiehle, von Beruf Buchdrucker, 27 Jahre alt, in Warschau geboren; er hat in Polnisch-Lissa gelernt. Zum Zwecke leichteren Erkennens sei noch erwähnt, daß er ein kleines buckliges Kestchen ist. Auf seinen Visitenkarten nennt er sich Maschinenmeister.

Bei den Polen hat der saubere Patron sich Eingang in die St. Barbara-Vereine und Turnvereine verschafft. Als Beweis für seine „Arbeit“ möge einer von den fünf Briefen vollständig wiedergegeben werden, durch die der Bursche, der sich auch in den Buchdruckerverband eingeschlichen hatte, entlarvt worden ist:

An die Kgl. Behörde.

St. W. Bochum, 16. März 1911.

Sehr geehrter Herr!
Vorerst bitte die Bleichfrist zu entschuldigen, das geschieht aber nur der Kopie wegen, die ich bei meinen Akten lege. Also: Soeben kehre ich von Ermann, Meßtr. heim. Heute war gewöhnliche Übungsstunde des Sokol, abends 9 Uhr traf ich den Vorsitzenden Ch. Barszki, diesem stellte ich mich als guter Pole vor und erfuhr um Aufnahme im Sokol- und Barbaraverein. Barszki lud mich hierauf für Sonntag 3 Uhr in seine Privatwohnung ein und stellte mir sogar in Aussicht, daß ich in den Vorstand kommen kann. Falls von Amts wegen (d. h. meiner Tätigkeit als Detektiv für die hohe Kgl. Behörde) nichts dagegen steht, bitte ich um entl. Aufträge, worüber ich die Bescheidigung bei der Kgl. Behörde anfragen werde. Früher ca. 200 Mitglieder hatte, jetzt amtlich 50 angemeldet, in Wirklichkeit aber nur 20—25 Mitglieder vorhanden sind. Bei der heutigen Übung waren 6—8 anwesend. — Erwarte Ihre weiteren Aufträge und Bescheid.

Hochachtungsvoll
St. Wiehle.

In einem Bericht vom 20. März über eine Versammlung des Sokolvereins in Herne-Bankau heißt es: „Nach Schluß der den Fanatismus sehr fördernden Lesung folgte eine Diskussion... Als Redner endete, meldete ich mich zum Wort...“ Zum Schluß des Berichts heißt es: „Ich werde sorgen, recht viel Vertrauen im Sokol und anderen Vereinen und evtl. Auswüchse des polnischen Übermuts rechtzeitig zu verhüten.“ — In einem Bericht über eine Sitzung des polnisch-religiösen St. Barbara-Vereins in Bochum vom 3. April werden alle Vorkommnisse gewissenhaft registriert und die Ausführungen eines Mitgliedes fast wörtlich wiedergegeben. Zum Schluß heißt es: „Diese Rede hat einen absolut politischen Eindruck auf mich gemacht.“ — In einem Bericht über eine Osterfeier des St. Barbara-Vereins, an der auch zwei Gymnasialisten teilgenommen haben, hebt der Spigel hervor, daß „die politische Seite des Oster-Essens beleuchtet worden sei.“ — Spigel Wiehle, der seine Wohnung als „guter Katholik“ mit Heiligenbildern reichlich ausgestattet hat, ist aber vielseitig. Er hat sich auch Eingang in die Freidenkervereine zu Bochum zu verschaffen gewußt und war bereits bis zum Referenten avanciert.

In unsere Reihen verdrängte er dadurch hineinzukommen, daß er um Beschäftigung in der Druckerei des Bochumer Volksblattes bat, wobei er seine agitatorische Befähigung besonders hervorhob, auch ungeschickt genug war, sich in dem Bewerbungsschreiben auf seine Mitgliedschaft zum Freidenkerverband zu berufen. Gleichzeitig hatte er einen Redakteur vom Volksblatt aufgesucht, um dessen Vermittlung gebeten und ihm bei einem zweiten Besuch angeblich „wichtiges Material“ gegen eine rheinische Zentrumsdruckerei, in der er beschäftigt gewesen, angeboten. — Bei aller „Schläue“ ist der Mensch aber zu einem Polizeispigel doch noch zu dumm. Und diese Dummheit war für ihn in dem Augenblick verhängnisvoll geworden, wo er Eingang in unsere Partei suchte. — Die Parteigenossen im Lande seien also gewarnt.

„Gefährlicher Anflug.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an der Spitze ihrer Dienstagausgabe:

„Eine der vielen neu entstandenen Nachrichtenagenturen hat die Meldung verbreitet, daß die deutsche Regierung beschloffen habe, drei Kreuzer nach den marokkanischen Gewässern zu entsenden. Wir haben es hier mit einem gefährlichen Anflug zu tun. Jeder einigermaßen politisch denkende Mensch muß sich selber sagen, welche Verantwortung er auf sich nimmt, wenn er in einer so ernsten Frage, wie es die marokkanische ist, frei erfundene Sensationsnachrichten langiert.“

Sehr gut!

Amerika.

Diaz tritt zurück. Die mexikanischen Revolutionäre haben endlich, nach langwierigen blutigen

Kämpfen, ihr Ziel erreicht. Unter dem Druck der Ereignisse hat Präsident Diaz ein Manifest erlassen, in dem er erklärt, er habe die Absicht zurückzutreten, sobald der Frieden wiederhergestellt sei.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 9. Mai.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen, Mittwoch, abend im Gewerkschaftshaus statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Braum über „Bethmann-Pollwags Politik“, sowie die Beratung über die Einrichtung eines Vortragskurses im kommenden Herbst. Die Parteigenossen werden ersucht, in der Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Wegen der Maifeier sind Differenzen in der Wandfließfabrik Dänischburg (Villeroy u. Boch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Mater! Über die Werkstellen Hargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Kinderfischung. Alle Fälle von Kindermisshandlung, Vernachlässigung, übermäßiger Ausbeutung melde man den Mitgliedern der Kinderfischungs-Kommission:

- Frau Soll, Steinrader Weg 32c.
- Jackstedt, Warendorferstr. 1.
- Kleinfeldt, Sandborferstr. 8.
- Gierlich, Rarfenstr. 18 III.
- Denze, Warendorferstr. 66 II.
- Rubbert, Loignystr. 18, Hinterhaus.
- Bahr, Margaretenstr. 12.
- Mehlis, Dankwartsgrube 68 III.
- Wurmeister, Böttcherstr. 13.
- Engel, Elwigstr. 24 a.

sowie im Arbeitersekretariat und bei Fräulein Mehrlein, Steinrader Weg 67 und Heinrich Radde, Meierstr. 40.

Die Bürgerschaft hielt gestern abend eine Versammlung ab, die sowohl von ihren Mitgliedern als namentlich auch von Zuhörern sehr stark besucht war. Den Hauptanziehungspunkt der sonst nicht gerade übermäßig interessanten Tagesordnung bildete die Schaffung eines Platzes an Stelle des früheren Spritzenhauses zwischen den beiden Schranken und der damit verbundene Arealverkauf an das Warenhaus von Rud. Karstadt. Während man sich im Grunde allgemein darüber einig war, daß es notwendig und gut ist, das ehemalige Spritzenhaus für den Verkehr, besteht doch bei einem großen Teile der Detailisten ein so großer Haß und eine so erbitterte Feindschaft gegen die Warenhäuser, daß man oder doch wenigstens ungenehmigt erschweren möchte. Deshalb bekämpften jene den Verkauf des Areals an Karstadt mit Mitteln, die auf Vornehmheit gewiß keinen Anspruch erheben können. In einigen bürgerlichen Tageszeitungen wurden große Inserate veröffentlicht, in denen man die Gütegläubigkeit und Einsichtslosigkeit der Leser einer Verlastungsprobe unterwarf, der diese gewiß nicht in geringem Maße vorhandenen Eigenschaften schwerlich standzuhalten vermochten. In der Bürgerschaft selbst tat man dann so, als ob man einzig gegen den Senatsantrag sei, weil der Staat mit dem Verkauf eines 185 Quadratmeter großen Arealstreifens für 185 000 Mk. an Karstadt ein großes Geschenk machen wollte. Was diese angebliche Mittelstandskritik, die vor der Öffentlichkeit mit dem Munde den Warenhäusern die Entwicklungsmöglichkeit und das Leben nehmen möchten, für Heiden unter sich haben, ergibt sich beispielsweise daraus, daß einer von ihnen selbst der Firma Karstadt sein benachbartes Grundstück zum Kauf anbot, um dem von ihm als mittelstandsfreundlich verschrienen Warenhause eine Geschäftsvergrößerung zu ermöglichen. Ja, wenn der Goldstrom des Warenhauses in die Tasche eines solchen „Mittelstandsfreundes“ fließt, dann macht es nichts aus, wenn ihm dabei die ganze Theorie flöten geht. Einer der Gegner des Senatsantrages regte eine Ausplünderung der Firma Karstadt durch eine zu diesem Zwecke besonders hochgeschraubte Straßenbauabgabe an, doch ohne Erfolg. Die Bürgerschaft lehnte schließlich einen Antrag auf Kommissionsberatung ab und erklärte den von der Firma Karstadt bewilligten Preis von 185 000 Mk. für zu gering, indem sie beschloß, gemäß dem Vorschlage des Bürgerausschusses, für das Areal 250 000 Mk. als Kaufpreis festzusetzen. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob Karstadt zustimmen wird.

Die übrigen Vorlagen des Senates gaben zu längeren Erörterungen keinen Anlaß. Bei der beantragten Verlängerung der Straßenbahnlinie Markt-Bahnhof durch die Hansstraße kritisierte Genosse Stellung den langsamen Fortschritt der Straßenbauarbeiten in der Königstraße und Beckergrube. Weiter hielt er es nicht für richtig, aus Staatsmitteln 250 Mk. für einen Ball der Straßenbahner herzugeben. Das Geld sollte man lieber zu notwendigen Lohnaufbesserungen gewisser niedrig bezahlter Angestellten der Straßenbahn verwenden.

Um 10¼ Uhr wurde die Bürgerschaftssitzung geschlossen, nachdem sie ihre Tagesordnung bis auf einen Senatsantrag aufgearbeitet hatte.

Schwurgericht. Am Montag hatte sich der Arbeiter Schmidt wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten. Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Dr. Meyer, Anklagevertreter war Staatsanwalt Dr. Benda. Die Geschworenenbank mußte auf Einwand des Verteidigers Dr. Koch aufgelöst und neu gebildet werden. — Bei einer Frau Möller in der Depenau verkehrten ein gewisser Redner und der Angeklagte. Dieser hatte die Absicht gehabt, zu der Frau zu ziehen, gab den Vorfall aber aus verschiedenen Gründen wieder auf. Er verkehrte sehr oft da und auch zuweilen dort — die hohe Weiblichkeit der Frau M. zog ihn an. Der Angeklagte arbeitete in Dänischburg und kam am Freitag, dem 24. März, nach Lübeck, wo er gegen 7 Uhr seiner Angebeteten einen Besuch machte. Diese lag bereits angetrunken im Bett. In der Küche saß auf einem Stuhle der Fischer Redner, der früher einmal bei Frau Möller gewohnt und an dem Tage „einen“ mit ihr getrunken hatte. Die beiden Männer konnten sich nicht recht vertragen, es herrschte so eine Art Eifersucht vor, obwohl Frau M. bestritt, sich mit R. eingelassen zu haben. Sch. hielt sich bei Frau M. an dem Tage nicht lange auf, um nicht mit Redner in Streit zu geraten. Er ging in die nahegelegene Wirtschaft G.

**„Komitee- und
Kommissionssitzungen**

12. Distrikt

Donnerstag, den 11. Mai 1911
abends 8 1/2 Uhr
bei Groth, Rottwischstraße 16.

Sonntag abend entschlief sanft
nach kurzer, schwerer Krankheit
unsere innigst geliebte Tochter,
Schwester, Schwägerin und Braut

Sophie Fick,

im 21. Lebensjahre, aufs tiefste
betrübt und schmerzlichst vermisst
von den Ihrigen
Johann Fick und Frau und Familie,
Hans Faasch.

Lügowstraße 36.
Die Trauerfeier findet am Don-
nerstag, dem 11. Mai, 1 1/4 Uhr, in
der Kapelle Bormwerk statt.

Nach kurzer schwerer Krankheit
entschlief sanft am Sonntag abend
unser langjähriges treues Mitglied
der Damen-Abteilung des Arbeiter-
Turn-Vereins Lübeck.

Frl. Sophie Fick

im Alter von 21 Jahren.
Wir werden ihr stets ein treues
Andenken bewahren.

Beerdigung Donnerstag nach-
mittag 2 Uhr von der Kapelle des
Bormwerker Friedhofes aus. Trauer-
feier 1 1/4 Uhr.

Um recht rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer.

Sonntag, den 7. Mai, starb unser
treues Mitglied

Ernst Ewert.

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch nachmittag 4 Uhr von der
Leichenhalle des Bormwerker Fried-
hofes aus statt.

Um zahlreiches Erscheinen der
Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Ein gut möbliertes Zimmer

zu vermieten
Kronsförder Allee 55, II.

Neue Ladung.

Ein großer Posten

Kinderwagen.

— Nur Neuheiten. —
Billig, billig. Hoher Rabatt.

Zadenburger Allee 34 a.

Joh. Baade.

Kartoffeln

(Magnum bonum u. Eierkartoffeln)
in allerfeinster Ware empfiehlt

Hans Lübcke,

Wickedeistraße 33-35. Telefon 2378.

Sozialdemokratische Frauen

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, dem 11. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagess-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1911.

2. Wahl einer Vertreterin im Aus-
schuß

3. Vortrag der Genossen Lorenz
über Frauen und Mutterschutz
in der Reichsversicherungs-
ordnung.

4. Aufsätze mit der weiblichen
Jugend.

5. Berichtsbeneh.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Einberuferin.

Geschäfts-Übernahme.

Mit dem heutigen Tage zeige ich den geehrten Bewohnern von
Genia und Umgegend ergebenst an, daß ich den

„Gasthof Genia“

von Herrn Müller käuflich erworben habe.

Das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen und Wohlwollen bitte
ich auch mir zu schenken und werde ich durch Verabreichung guter Speisen
und Getränke bei prompter Bedienung mir die volle Zufriedenheit der
mit beschenden Gäste und Freunde zu erwerben suchen.

Für den nun einem geehrten Publikum meinen Gasthof zur
freundlichen Entfähr bestens empfohlen halte, zeichne

Gustav Behensee.

Kenner behaupten

mit Recht:

Malzol

echter ärztlich empfohlener Malz-
kaffee ist in Qualität unerreicht,
an Billigkeit durch die nützlichen
Zugaben unübertroffen.

Vertretung und Lager:

Hans Wilms.

Fernsprecher 2065.

Wohnung zu vermieten.

Lügowstr. 21 (Burgtor).

Zum 1. Juli gesucht eine Zwei-
Zimmer-Wohnung von älteren
Leuten ohne Kinder im Preise von
150 bis 160 Mk., Burgtor. Angeb.
unter P 64 an die Exped. d. Bl.

Kräftige Frau

sucht Beschäf-
tigung im
Reinmachen. Zu erfragen
Engelsmüch 33, Haus 2, I.

Zu sogleich ein ordentlicher und

zuverlässiger Hausburche, der mit
Bongehörwerk bescheid weiß.

Näheres Doroteenstr. 1.

1 guterhaltener Kinderwagen

auf Gummi zu verkaufen

Danlastraße 64, II., Str.

1 guterhaltener Kinderwagen

mit Gummi und Nickelgestell zu
verkaufen Brüderstraße 3 a, I.

Eine Glucke mit 11 Küken

zu verkaufen Friedenstraße 65.

Abreisenden

aufbewahrt u. nach-
gesandt werden

Gegenstände aller Art, als: Mobil-
ien, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expeditions-Geschäft Fischerstr. 52.

Arbeiter-Bildungsverein.

Lübeck.

General-Versammlung

Donnerstag, 11. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagess-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1911

2. Das Theater als Bildungs-
mittel.

Referent: Genosse Mehrlein

3. Unser Sommer-Festplan.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der
Mitglieder und deren Frauen er-
sucht
Der Vorstand.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

habe ich hier unter der Firma

Siegfried Ittmann

ein der Neuzeit entsprechendes im grossstädtischen Stil aufgebautes

Möbel- und Waren-Ausstattungs-geschäft

mit Kreditbewilligung

welches ich hiermit dem Wohlwollen eines geehrten Publikums von Lübeck und
Umgegend aufs beste empfehle.

Die Devise, die mein Stammhaus in Frankfurt a. M. in Verbindung mit
seinen Zweigniederlassungen in allen bedeutenderen Städten zu Deutschlands an-
erkannt grösstem Unternehmen dieser Art machte, wird auch für hier lauten:

Billige Preise, freundliche Bedienung, reelle Geschäftsführung,
wirkliche Kulanz in Notfällen.

Kurzes Waren-Verzeichnis:

Möbel: **Herren-Garderobe:** **Manufakturwaren:**

Komplette Salons
" Wohnzimmer
" Schlafzimmer
" Küchen
in allen Holz- und Stilarten.
Einzelmöbel
Betten, Spiegel
Polsterwaren
Kinderwagen
Uhren, Bilder
Spezialität:
Wohnungs- u. Brautausstattung.
Klein- und Luxusmöbel.

Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Knaben-Anzüge
Kinder-Anzüge
Herren-Ueberzieher
Burschen-Ueberzieher
Joppen, Hosen.

Kleiderstoffe, Blusenstoffe
Schürzen, Weißwaren
Wäsche, Bettbezüge
Inletts, Tischdecken
Tischtücher, Gardinen
Stores, Portieren
Vorhänge, Läuferstoffe
Teppiche, Schirme
etc. etc.

Damen-Garderobe:
Kostüme, Jacketts
Mäntel, Röcke
Blusen, Jupons.

Lieferung frei ins Haus.
Kredit auch nach auswärts.

Täglich Eingang von Neuheiten.

Besichtigung meiner Lokalitäten ohne Kaufzwang gern gestattet.

Möbel- und Waren-Ausstattungs-Geschäft

mit Kreditbewilligung

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33. I. Etage. Breite Straße 33.

Heute Eröffnung

des neurenovierten

Restaurants Chr. Schulz

— früher Rosenquist —

Lübeck

Königstrasse 93.

Ausschank v. Lübecker Vereinsbräu.

Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

I.

In zwei Sitzungen hat der Reichstag das ganze Erste Buch mit seinen 176 Paragraphen und außerdem noch einige Bestimmungen des Zweiten Buches erledigt.

Im dem Ersten Buche handelt es sich um die gemeinsamen Bestimmungen, von denen die folgenden die wichtigsten sind:

Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger, also zu den Vorständen und Ausschüssen der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Invalidenversicherungsanstalten sind nur volljährige Deutsche. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß auch Ausländer als Arbeitervertreter gewählt werden können.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die höchste Instanz in Verwaltungssachen ist die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium). — Die Sozialdemokraten beantragten, daß dafür als eine unabhängige Behörde das Reichsversicherungsamt gesetzt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Das Versicherungsamt wird als eine Abteilung der unteren Verwaltungsbehörde, also der Polizei, errichtet. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß es eine selbständige Behörde werde.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde, also ein Magistratsrat in der Stadt und der Landrat auf dem Lande, ist der Vorsitzende des Versicherungsamtes. — Die Sozialdemokraten wollten eine möglichst unabhängige Person zum Vorsitzenden des Versicherungsamtes machen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien: (Konservative, Zentrum, Wirtsch. Vereinigung und Nationalliberale.)

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamtes können auch ausgediente Offiziere gemacht werden. — Die Sozialdemokraten wollten dies verhindern, indem sie für derartige Fälle die Zustimmung der Versicherungsträger beantragten.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Vertreter der Arbeiter bei den Versicherungsbehörden, also beim Versicherungsamt, Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt, werden durch ein indirektes Wahlverfahren gewählt. — Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach der Verhältnismäßigkeit.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die indirekte Wahl erfolgt durch die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen. — Die Sozialdemokraten forderten, daß die Vertreter der Arbeiter nur von solchen Vorstandsmitgliedern gewählt werden, die von den Arbeitern selbst gewählt worden sind.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die indirekte Wahl findet von den Vorständen aller Kassen zusammen statt. — Die Sozialdemokraten forderten,

daß die Wahl von den Vorständen der einzelnen Kassenarten gesondert erfolgt, damit nicht die frei gewählten Arbeitervertreter von den anderen sogenannten Arbeitervertretern bei der Gesamtwahl überstimmt werden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Wählbar als Vertreter der Versicherten in den Versicherungsbehörden sind nur Männer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch Frauen wählbar seien.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Kosten der Versicherungsämter, die bei einer gemeindlichen Behörde errichtet werden, tragen die Gemeinden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Kosten dem Staate auferlegt werden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Auch die Oberversicherungsämter können an höhere Staatsbehörden angegliedert werden. — Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Oberversicherungsämter als selbständige Behörden errichtet werden.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für gewisse Betriebsgruppen des Reiches, der Bundesstaaten, für Bergwerke usw. können besondere Oberversicherungsämter errichtet werden. — Die Sozialdemokraten forderten die Beseitigung der besonderen Oberversicherungsämter.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Von den Mitgliedern des Oberversicherungsamtes ist nur der Direktor auf Lebenszeit, oder nach Landesrecht unwiderruflich anzustellen. — Die Sozialdemokraten verlangten die Anstellung auf Lebenszeit oder die unwiderrufliche Anstellung für alle Mitglieder des Oberversicherungsamtes.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Bei der Festsetzung des ortsüblichen Tagesentgelts gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) sind, so beantragten die Sozialdemokraten, die Ausschüsse der Gewerbeämter, und wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten Gewerkschafts-Organisationen zu hören.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nach einem weiteren sozialdemokratischen Antrage sollte als Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 3 Mk. und für weibliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 2 Mk. festgesetzt werden dürfen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für ausländische Arbeiter, die in Deutschland beschäftigt werden, sollen unter Umständen noch geringere Rechte gelten als für die Inländer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß für Angehörige der Staaten, in denen deutsche Reichsangehörige in bezug auf die Arbeiterversicherung nicht ungünstiger als die Inländer gestellt sind, während ihres Aufenthalts im Reichsgebiete dieselben Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gelten als für die Inländer.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen begründet keine Versicherungspflicht. Die Sozialdemokraten forderten, daß auch die Frauen der Kleinbauern usw., die in dem Betriebe ihres Mannes beschäftigt sind, versichert werden sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Als Hausgewerbetreibende im Sinne der Reichsversicherungsordnung sollen nur die Hausgewerbetreibenden gelten, die in ihren eigenen Betriebsstätten arbeiten. — Die Sozialdemokraten verlangten die Ausdehnung der Versicherung auch auf Hausgewerbetreibende, die in fremden Betriebsstätten arbeiten.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

In der Krankenversicherung sind von dem Versicherungszwange ausgeschlossen die kleinen Unternehmer. Die Sozialdemokraten forderten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle selbständigen Gewerbetreibenden, deren Jahreseinkommen weniger als 5000 Mark beträgt.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner sind von dem Versicherungszwange ausgeschlossen die Angestellten, die einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2000 Mk. haben. Die Sozialdemokraten forderten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 5000 Mk.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Endlich sind vom Versicherungszwange ausgeschlossen diejenigen Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von weniger als 2000 Mk., die eine wissenschaftliche Tätigkeit ausüben. — Die Sozialdemokraten forderten, daß alle Angestellten mit einem so geringen Einkommen versicherungspflichtig sein sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Kommission hatte den Vorschlag der Regierung gestrichen, daß der Bundesrat oder der Gemeindeverband die Versicherungspflicht auf bestimmte Gewerbetreibende, oder deren Familienangehörige ausdehnen darf. — Die Sozialdemokraten beantragten, diese Bestimmungen des Entwurfs wieder herzustellen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 8. Mai 1911.

169. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Delbrück.

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt.

Der Antrag Albrecht u. Gen., § 181 der Vorlage wieder herzustellen, wonach die Versicherungspflicht statutarisch auf Familienmitglieder des Arbeitgebers ausgedehnt werden kann, die in seinem Betriebe ohne Entgelt und Arbeitstrag tätig sind, wird abgelehnt.

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtel.

(50. Fortsetzung.)

Anton hatte die größte Mühe, ernsthaft zu bleiben, würde aber trotz aller Mühe in lautes Lachen ausgebrochen sein, hätte nicht ein gewisser Widerwille, den die Brutalität seines neuen Freundes in ihm erzeugte, ihm Kraft zum Ernste verliehen. Er entgegnete, ohne nur mit den Lippen zu zucken: „Ich dachte doch, fünfhundert Dukaten wären ein schönes Stück Geld? Noch dazu holländische, was hätten Sie denn überhaupt mit der toten Mißgeburt beginnen wollen?“

„Was ich damit . . . o junger Mann, Sie schmecken noch gar sehr nach Ihrer Jugend. Was ich hätte mit meinem Sohne begeben sollen? Ja, was begann denn das Museum mit ihm? Spm? Es verwahrte ihn in einer großen Flasche voll Spiritus. Da schwebt der junge Schramprl und zeigt zum Erstaunen bewundernder Gaffer auch denen ein freundliches Gesicht, die hinter ihm stehen. Konnt' ich nicht, ich frage Sie, konnt' ich nicht mein eigenes Museum werden? Konnt' ich nicht meinen Sohn in Spiritus bei mir behalten und durch ihn, den Geistesreichen, einen Grundstein legen zu einem künftigen Kabinett von anderweitigen Mißgeburten, unterschiedlichen Karitäten, Menschenhäuten, Vogelneatern, kleinen Schlangen, Negerköpfen, Mammutknochen, Basaltreispfeilen, Walfschrippen, Ammonshörnern, versteinerten Hölzern, Seemuscheln und unanständigen Bildern? Solche Sammlung wälzt sich auf Reisen umher wie ein Schneeball, indem sie durch die Bewegung größer wird. Eine solche besäße ich jetzt durch meinen Sohn. Und das habe ich versäumt, ich leichtsinniger, gefühlloser Vater. Schramprl Vater und Schramprl Sohn sind für immer getrennt. So oft ich daran denke, lebhaft daran denke, möchte ich mir den Kopf abreißen, was auch in Stunden der Wut unfehlbar schon geschehen wäre, wenn . . .“

„Wenn Sie deren zwei besäßen, wie der Verblüdhene?“

„Vollkommen richtig; Sie erraten meine Gedanken. — Die Strafe meiner Dummheit ließ nicht auf sich warten. Mit den fünfhundert Dukaten kaufte ich mir drei Stück Staffern, braune Kerls, die unbekleidete Naturballe ausführten, kriegerisch heulten, lebendige Hühner zerrissen, diese zog verschlungen und allerlei häßliche Sächelchen machten. Der Amerikaner, von dem ich sie kaufte, bewies mir schwarz

auf weiß, daß sie keine Sklavinnen waren, die er fast ebenso teuer gekauft und wenig abgenützt hatte. Er stellte mir eine Dattlung aus, strich die Dukaten ein, und ich war im Besitz. Anfänglich ging die Geschichte ganz gut, außer daß sie mich wenig verstanden, und ich sie gar nicht. Die Hälfte der Einnahme verfrachten sie mir freilich in Hühnern, — doch als ich auf den Anzeigen bemerkte, diejenigen Zuschauer, welche das interessante Naturspiel des blutig rohen Verschlingens zu beobachten wünschten, werden gesucht, das dazu notwendige Geflügel selbst mitzubringen, — da fanden bedeutende Lieferungen statt, von denen manches auch für mich abfiel. Das Gleichgewicht stellte sich wieder her, und ich war zufrieden mit meiner Entreprise. Nach und nach aber schnappten meine Sklaven deutsche Wörter und Begriffe auf, suchten Umgang mit Kellnern und Dienstmädchen in den Gasthäusern, wo wir einkehrten, und gelangten so nach Ablauf eines Jahres zur Erkenntnis, daß es bei uns zu Lande keine Sklaverei gebe, daß jeder Mensch frei sei. Unfuss! Erstens sind wir alle Sklaven, wenn auch ein jeder in anderer Art; zweitens waren sie Wilde und keine Menschen. Der erste beste Bavian ist mehr Mensch, als sie es waren. Aber was half's? Die Rebellion brach aus. Eines schönen Morgens umringten sie mein Bett, tanzten den Kriegstanz, schlangen die Reulen, setzten mir die Füße auf die Brust und proklamierten ihre Unabhängigkeit. Ich ergab mich nicht so leicht, suchte meinen Riesen hervor, es entstand ein furchtbarer Lärm, das ganze Haus lief zusammen, die halbe Stadt, man holte Gerichtsdienster, und das Ende vom Liebe war eine Vorladung der Behörde, die mir eröffnete, daß die Herren so und so — die Kanakeln führten gar keine Namen — ihre eigenen Herren seien und das Recht besäßen, sich für eigene Rechnung zur Schau zu stellen. Nach meinen fünfhundert Dukaten fragte niemand. Die drei Schurken trennten sich von mir und nahmen obenein eine dicke Rückenmaße aus dem Gasthause mit, die sie späterhin schwarz anstrichen und als äthiopische Negerin figurieren ließen. Ich war sehr herunter. In der Not wurde ich wiederum Riese, streckte mich, so viel mein Gram gestatten wollte, und verband mich mit einem Kakerlaken, einem faden Patron, der sich „Albinos Dumbos“ nannte, mir zuerst imponierte, auf die Länge jedoch unter anderen ehrlichen Menschen nichts weiter war, als was eine rotäugige, weiße, matte Maus unter den grauen Mäusen ist. Unser Kompagniegeschäft ging schlecht. Nachdem ich wieder ein paar Goldstücke auf die Seite gelegt, machte ich mich los von ihm und führte ein Quartett sterblicher Alpenfänger nach London. Die guten Leute — bei Nichts besehen, Choristen von einem

Wiener Vorstadttheater — hatten nicht einmal ordentliche Kröpfe und verstanden keine Silbe englisch. Deshalb brauchten sie einen Begleiter, der für sie sprach, während sie sangen. Das währte denn doch einige Jahre und half mir etwas auf. Kaum aber wußten sie sich verständlich zu machen, als sie nach Amerika zogen und mich zurückließen. Dumme Kretins! Sie sagten mir ins Gesicht, ich hätte sie übervorteilt. Was wäre denn aus mir geworden, wenn ich's nicht getan?“

„Sie haben viel durchgemacht, Herr Schramprl!“
„Das will ich glauben. In einem halben Jahrhundert braucht man viel, — und wenn man durstig ist, besonders. Wir befanden uns in einer Seeestadt. Ich sah mich nach einer anderen Stellung um und brauchte nicht lange zu warten. Es hatte daselbst ein Schiff gelandet, welches nebst vielen Fässern Tran, die furchtbar stanken, einen Eskimo nebst Gemahl mitbrachte, die auch nicht nach Rosendüfteten. Dieses zarte Mädchen war von einem Spekulanten nach der kultivierten Welt gelockt worden, um sich zeigen zu lassen. Kaum angelangt, starb dieser unternehmende Mensch. Ich bemächtigte mich seiner lebendigen Hinterlassenschaft, schloß eine Art Vertrag mit den Leuten, die sich ebenso wenig Rat wußten, wie ein Fisch auf trockenem Boden, und zog mit ihnen in die Welt. Das wäre ein Goldzug geworden, wenn diese Wesen für ihre Produktion nicht immer große Gewässer gebraucht hätten, — und die finden sich weder überall vor, noch kann man sie mit sich führen. Zwar zeigte ich meine Püppchen auch in Sälen gegen mäßiges Gegebe, aber das lohnte nicht, warf keine Resultate ab, sie leisteten zwischen vier Wänden nichts Besonderes, außer daß sie lebhaft nach Tran stanken, was nicht jedes Publikum Leidenschaft ist. Ihr Element ist das Wasser. Wo sich ein Teich, ein kleiner See in der Nähe befand, veranstalteten wir große Vorstellungen, sie saßen in ihren Känen aus Seehundsfell, die sie sich über einen Fußsack über die Hüften zogen und darin umher schwammen, als ob sie selbst Seehunde wären; eine Ansicht, zu der ich mich bisweilen geneigt fühlte. Mit ihren Pfählen schafften sie nach Gänzen, wodon sie oftmals mehrere vermundeten, die ich sodann verzehren mußte, wollte ich die Auslagen dafür nicht verlieren. Ich habe einmal 4 Wochen lang buchstäblich von Gänsefleisch gelebt, wobei ich völlig verdammt. Städte mit Wasser übertrugen Städte ohne Wasser; im ganzen machte sich's, hätte noch ein Weibchen vorgehalten, — da seht sich das abgeschmackte Weibsbild in den Kopf, Todes zu sterben. Sie unterlag dem Peinwech; das heißt in unserer Sprache: der Sehnacht nach frischem Tran! Was ich ihr von dieser Gattung kredenzte, schenkte ihr

§ 182 befugt den Bundesrat zu bestimmen, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei bleiben.
Schmidt-Berlin (SD.): Wir beantragen hinter „Dienstleistungen“ einzuschreiben „die nicht über eine Woche hinausgehen“. Wir wollen dadurch verhindern, daß zahlreiche versicherungspflichtige Arbeiter, namentlich in der Landwirtschaft, von der Versicherungspflicht ausgenommen werden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.
§ 188 läßt die in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben tätigen Arbeiter versicherungsfrei, wenn ihnen gegen ihren Arbeitgeber ein Anspruch zusteht, der mindestens der Regelleistung der Krankentassen entspricht.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (SD.) beantragen statt dessen zu sagen: der mindestens den sachgemäßen Leistungen der maßgebenden Krankentassen gleichwertig ist.

Severing (SD.) bleibt bei der großen Unruhe, die besonders rechts herrscht, zunächst unverändert: Ich bitte um Entschuldigung, meine Herren, wenn ich Ihre Privatgespräche störe. (Da die Unruhe andauert, schweigt der Redner.)

Präsident Graf Schwerin: Sind Sie fertig?

Severing (SD.): Nein, ich will nur warten, bis die Herren sich etwas beruhigt haben. (Sehr gut! bei d. Soz.) Von hoher Stelle fiel einmal das Wort, die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Das soll doch wohl auch in Bezug auf die Krankenversicherung gelten. Zahlreiche Stadtgemeinden zahlen ihren Arbeitern im Krankheitsfalle die Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn freiwillig; wir wünschen aber eine gesetzliche Festlegung. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.
Präsident Graf Schwerin stellt den nächsten Paragraphen zur Diskussion.

Soch (SD.) (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Präsidenten für etwas mehr Ruhe zu sorgen. Es ist ganz unmöglich, auch nur ein Wort zu verstehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Präsident Graf Schwerin bittet um Ruhe. (Allmählich tritt Ruhe ein, namentlich, weil sich die Bänke der bürgerlichen Parteien stark lichten.)

Die Abgg. Albrecht und Gen. beantragen den § 184 zu streichen, nach welchem die oberste Verwaltungsbehörde bestimmen kann, wieweit auch die im Betriebe oder Dienste nicht öffentlicher Körperschaften der Lehrer und Erzieher an nicht öffentlichen Schulen versicherungsfrei sind.

Göhre (SD.): Der § 184 will namentlich den Wünschen derer entgegenkommen, die es mit ihrer Würde als Reserveoffizier für nicht vereinbar halten, mit Arbeitern zusammen in derselben Kasse versichert zu sein. Wir sollten darauf mit Rücksicht auf die anderen, denen der Reserveoffizier nichts gilt, keine Rücksicht nehmen.

Dr. Mugdan (Wpt.) spricht sich für Beibehaltung des § 184 aus; das Ermeßen der obersten Verwaltungsbehörde sichere vor Mißbrauch der Bestimmungen.

Mollenbühr (SD.): Dies Vertrauen des Vorredners können wir nicht teilen.
Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Weiter beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen den § 186 zu streichen, wonach von der Versicherungspflicht auf seinen Antrag befreit wird, wer auf die Dauer zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist, solange, der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist.

Hue (SD.): Dieser § ist 1892 in das Gesetz hineingekommen. Man meinte damals, die Kaiserin würden durch die Halbinvaliden sehr stark belastet werden. Es hat sich aber gezeigt, daß die Halbinvaliden eine nennenswerte Belastung der Krankentassen nicht darstellen. In dem Paragraphen heißt es recht harmlos, die Halbinvaliden können „auf ihren Antrag“ von der Versicherungspflicht befreit werden. In der Praxis werden die Berginvaliden einfach vor die Wahl gestellt, sich von der Versicherungspflicht entbinden zu lassen, oder die Abkehr zu erhalten. Die Folge dieses Paragraphen wird sein, daß man sämtliche Berginvaliden in die ausgedehnten Übertragarbeiten steckt und sie zwingt, sich von der Versicherungspflicht entbinden zu lassen. In der Kommission meinte ein Regierungsvertreter, es handele sich nur um wenige Personen in den Bergbetrieben, die so beschäftigt werden könnten. Das ist unrichtig, es sind Zehntausende und aber Zehntausende. Wenn alle diese dann nicht versichert sind, springt der Vorteil für die Unternehmer in die Augen, und das ist auch

die Absicht der Bestimmung.

In der Kommission sprach ein preussischer Bergbeamter auch von den nicht unerheblichen Pensionen der Bergarbeiter. Sie betragen 80 Mfg. pro Tag. Wer eine solche Versorgung abgerückter Bergknappen für nicht unerheblich erklärt, bekundet einen

starken Mangel an Mitgefühl

für hilfsbedürftige Personen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es kommen auch keinewegs nur ältere Personen in Frage, die Bergleute werden oft so früh invalide, daß vielfach Leute von kaum 30 Jahren darunter sind, fallen diese Personen der Armenpflege zur Last, und die Armenkassen in den Bergwerksindustriestellen sind auch ganz außerordentlich gestiegen.

nicht möglich, nicht glatt genug. Einen Tag vor ihrem Tode sah sie mir meine Nachtlampe aus, schüttelte sich und stöhnte: „Ah, wahl, puh, hu, puh, wahl!“, was in ihrer Zunge etwa sagen wollte: „Biel zu ma, kein Aroma!“ Der Witwer hielt's nicht aus ohne sie allein. Er kündigte mir den Kontrakt und begab sich nach Hause. Wahrscheinlich hat er eine Eectuh geheiratet.“

Herrn Schramprls lehrhafter Vortrag, den ich hier nur höchst unvollkommen nachzubilden vermochte, weil ich nicht imstande bin, sein geklärtes, doch sehr komprimiertes Französisch wiederzugeben, habe wenigstens dazu gedient, unserem Anton über seine frühere Stimmung und die Beschwerlichkeiten des Schneemarsches fortzubilden.

Der Kutscher hielt an, die Pferde zu tränken, und der Riese warf einen Blick in die Kutsche nach seinen Kleinen.

„Sie waren also nach Pamela's Tode noch einmal verheiratet?“ fragte Anton.

„Wie so, noch einmal?“ fragte Schramprl erstaunt zurück.

„Das müssen Sie besser wissen als ich. Ich meine nur, da Sie doch drei Kinder besitzen.“

„Kinder? Ich? Könnte mir nicht einfallen.“

„So sind das Ihre Pflegekinder, die hier im Wagen schlummern?“

„Schöne Kinder! Der Husar hat seine achtundzwanzig; die beiden Dirnen zusammen wenigstens fünfzig Jahre.“

„Werge also?“

„Natürlich, was denn sonst? Die beiden Schwestern habe ich in der Schweiz von ihren Eltern gekauft, mit denen reise ich jetzt schon seit länger als zehn Jahren. Den Karl habe ich erst vor drei Jahren in Zurich gefunden und habe ihn mitgenommen. Der insolente Schlingel behauptete, er habe eine eigene Wohnung in meinem Hause.“

(Fortsetzung folgt.)

Solche Leute an die Armenkasse zu weisen, ist doch kein würdiger Zustand,
es ist ein Skandal.

(Lebh. Zust. b. d. Soz.) Man sagt, der § 522 a bietet einen hinreichenden Schutz, weil er bestimmt, daß der Antrag, auf Befreiung von der Versicherungspflicht der Zustimmung der Mehrheit, sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmervertreter im Vorstände bedarf. Es gibt aber nur sehr wenige Knappschaftsvereine, in denen die Hälfte der Vorstandsmitglieder Arbeitnehmervertreter sind, in den meisten Fällen sind auch unter denen, die als Arbeitnehmervertreter gelten, solche, die nicht als Arbeitnehmervertreter anerkannt werden, weder von uns, noch von den christlichen Gewerkschaften; es sind das Personen, die durch den kapitalistischen Terror hineingebracht werden. Deshalb haben auch wir, sowie die christlichen Organisationen uns gegen die Verhältniswahl erklärt, weil dadurch die in den letzten Jahren durch den Verdrängung im Vorstand erhalten würden und ein einziger Vertreter, der sich auf die Seite der Unternehmer schlägt, würde genügen, die Mehrheit der Arbeiter unmöglich zu machen. Der § 522 a ist also ein untaugliches oder mindestens unzureichendes Mittel, die Arbeiterinteressen zu schützen. (Zust. b. d. Soz.)

Behrens (Wirtsch. Vgg.) wünscht die Regelung der Materie im Abschnitt 9, wo die Verhältnisse der Knappschaftskassen geregelt werden. Im übrigen hält er den § 522 a für eine ausreichende Sicherung, da die Mitglieder der Knappschaftsvorstände in geheimer Wahl gewählt werden.

Korfanty (Polc): Da wir die geheime Wahl der Knappschaftsältesten erreicht haben, scheint uns der § 522 a für die Bergarbeiter eine genügende Sicherheit zu geben; aber bedenklich ist die Bestimmung des § 186 für die Arbeiter der Hütten- und Eisenwerke und deshalb werden wir für den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Hue (SD.): Der Vorredner betont mit Recht, daß den Hüttenarbeitern der § 522 a gar keinen Schutz gewährt, diese sind in den Vorständen gänzlich vertreten und ganz hilflos den Hüttenbesitzern ausgeliefert. Die geheime Wahl hält der Vorredner für einen genügenden Schutz bei den Bergarbeitern, aber wenn die Leute gewählt sind, stehen sie auf dem Präsentierteller und werden herausgeworfen, wenn nicht eine feste Organisation hinter ihnen steht. Herrn Behrens mache ich darauf aufmerksam, daß unser Antrag dem einmütigen Willen der organisierten Bergarbeiter aller Richtungen ohne Parteierschied entspricht. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.)

Becker (J.): Die angefochtene Bestimmung wird von vielen Arbeitern gewünscht, damit auch die Invaliden noch Beschäftigung finden. Für die Bergarbeiter enthält der § 522 a eine ausreichende Sicherung.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 186 wird angenommen.

Nach § 186a sollen auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht u. a. auch Personen befreit werden, die bei Arbeitslosigkeit in Arbeiterkolonien oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten vorübergehend beschäftigt werden.

Schmidt (SD.) befürwortet einen Antrag, wonach diese Glenden der Landfräse nur dann von der Versicherung ausgenommen werden sollen, wenn ihnen sonst ein Anspruch auf Krankentasse im Erkrankungsfall zusteht.

Der Antrag wird abgelehnt.
§ 190 handelt von der freiwilligen Versicherung, die für Gewerbetreibende usw. gewisser Art gestattet wird, wenn nicht ihr jährliches Gesamteinkommen 2000 M. übersteigt.

Die Satzung der Krankentasse soll das Recht zum Beitritt solcher Personen von einer bestimmten Altersgrenze und von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses abhängig machen können.

Soch (SD.) tritt für einen Antrag ein, wonach diese Beschränkung des Rechts zum Beitritt durch die Satzung der Krankentasse für Personen nicht gelten soll, die schon unmittelbar vorher einer anderen Krankentasse angehört haben, und wonach die Einkommengrenze von 2000 M. gestrichen werden soll.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird § 190 angenommen.

Abgelehnt wird auch ein weiterer Antrag Albrecht nach kurzer Begründung durch den Abg. Schmidt (SD.) der den von der Kommission gestrichenen § 191 wieder herstellen will, wonach ein Gemeindeverband sowie eine Krankentasse durch Statut für ihren Bezirk das Versicherungsrecht auch anderen Versicherungsfreien einräumen können.

§ 192a bestimmt:
Die Versicherungsberechtigung erlischt in allen Fällen, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 4000 M. übersteigt.

Mollenbühr begründet einen Antrag, statt 4000 Mark 5000 M. zu setzen. Man sollte allen denen, die gegen Unfall versichert sind, auch das Recht der Krankenversicherung geben. Es liegt hier ein Widerspruch im Gesetz vor, der beseitigt werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Dr. Mugdan (Wpt.) wünscht, daß solche Personen, sobald sie wieder unter 4000 M. verdienen, das Recht haben sollen, der Versicherung ohne weiteres wieder beizutreten.

Soch (SD.): Dieser Paragraph stammt nicht etwa von uns, sondern ist auf Anregung des Leipziger Ärzteverbandes in das Gesetz gekommen. Die Herren hoffen, dadurch eine größere Anzahl Personen aus der Krankenversicherung herauszubekommen und sie damit zu zwingen, die sonst üblichen ärztlichen Honorare zu zahlen. Wir stellen unseren Antrag nur, um einen effektanten Widerspruch aus dem Gesetz zu beseitigen. Niemand von Ihnen wird die Stirn haben, zu behaupten, daß er an solche Mängel, wie diesen, vorher überhaupt gedacht habe. Aber wir können hier die bestbegründeten Anträge vorbringen, Sie sagen einfach (da, wie die Puppen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.; Oh! b. d. Mehrheit. — Vizepräsident Dr. Spahn ruft den Redner zur Ordnung.) Die Folge dieser Gesetzesmacherei wird sein, daß das Gesetz schließlich von Widersprüchen mimmelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Mollenbühr (SD.): Wenn der Wunsch des Herrn Mugdan erfüllt würde, würde das eine Schädigung der Versicherung bedeuten, denn diese Personen würden dann auscheiden gerade in der Zeit, wo sie am leistungsfähigsten wären, und erst wieder Beiträge zahlen, wenn sie für die Kasse große Risiken bedeuten. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Dr. Mugdan (Wpt.) Das gebe ich zu. Um dem zu begegnen, könnte man ja bestimmen, daß nach einer Reihe von Jahren bei einem Einkommen von über 4000 Mark die Versicherungsberechtigung überhaupt erlischt.

Der Antrag Albrecht wird hierauf abgelehnt.

§ 195 bemittelt die baren Leistungen der Kassen nach dem durchschnittlichen Tageslohn der betreffenden Klassen der Versicherten, für die die Kasse errichtet ist. Die Bemessung habe durch Satzung zu erfolgen. Als Maximum des zur Berechnung gelangenden Tageslohnes sind 5 M. vorgeschrieben. Durch Satzung kann jedoch Erhöhung des Berechnungsmaximums auf 6 M. erfolgen. Die Festlegung bedarf der

Zustimmung der Beschlusskammer des Oberversicherungsamtes. Ferner kann satzungsgemäß statt des durchschnittlichen Tagesentgelts der wirkliche Arbeitsverdienst bis 6 M. als Grundlohn bestimmt werden.

Sache (Soz.): Wir beantragen diesen Paragraphen von Grund auf zu ändern, der in der Kommissionsfassung eine schwere Schädigung der höher entlohnerten Arbeitskategorien, speziell auch der Bergarbeiter, bedeutet. Wir beantragen, daß der durchschnittliche Tagesentgelt der Bemessung ohne weiteres zugrunde gelegt wird, ohne daß erst eine Satzungsbestimmung notwendig ist, wir beantragen ferner die Maximalgrenze von 6 M. zu streichen, und die Bestimmung zu beseitigen, daß die Zustimmung des Oberversicherungsamtes zur Erhöhung des Maximums nötig ist. (Zustimmung b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.
§ 196 bestimmt, daß bei Landkrankentassen durch Satzung der Ortslohn als Grundlohn gelten kann; jedoch sollen für Betriebsbeamte, Werkmeister usw. die Bestimmungen des § 195 gelten.

Die Abgeordneten Büchner (SD.) und Fegeler (Wpt.) bitten dringend, den Paragraphen zu streichen, der eine durch nichts gerechtfertigte Benachteiligung der Landarbeiter enthalte.

Der Streikungsantrag wird gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt.

§ 197 gliedert die Krankentasse in Krankenpflege und Krankengeld. Das Krankengeld soll in der Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag vom vierten Krankheitstage an gezahlt werden bzw. vom Tage des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit an, wenn sie erst später eintritt.

Sache (SD.): Die in diesem Paragraphen gewährte Krankentasse ist völlig unzureichend. Wir beantragen eine bessere Fassung der Bestimmung über Krankenpflege und wir beantragen das Krankengeld den ganzen Grundlohn zu zahlen. Da wir aber leider auf eine Annahme dieses unseres grundsätzlichen Antrages nicht rechnen können, so haben wir einen Eventualantrag eingebracht, der dahin geht, dreiviertel des Grundlohnes zu gewähren und das Krankengeld schon vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zuzubilligen. (Beifall b. d. Soz.)

Mollenbühr (SD.): Die Annahme unseres Antrages, wenigstens unseres Eventualantrages, liegt nicht bloß im Interesse der Versicherten, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Kassen selbst. Die Sorgen des Kranken um die Existenz seiner Familie werden häufig seine Genesung verlangen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Prinzipal- und Eventualantrag werden in allen Teilen abgelehnt, die Bestimmung des Eventualantrages, daß $\frac{3}{4}$ statt $\frac{1}{2}$ des Grundlohnes gewährt werden soll, in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 59 (Polen und Sozialdemokraten) Stimmen.

§ 199 läßt fakultativ die Krankentasse zu und fordert die Kassen auf, die Krankenpflege möglichst zu gewährleisten, wenn die Krankheit ansteckend ist und Zustand oder Verhalten des Kranken fortgesetzte Behandlung erfordert.

Zubeil (SD.): Wir beantragen

obligatorische

Gewährung der Krankentasse, wenn sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist, wenn der Kranke einen eigenen Haushalt nicht hat und selbst nach der Krankentasse verlangt. Angesichts der Zerrüttung, in die der Arbeiterhaushalt zu geraten pflegt, wenn die Hausfrau krank liegt, beantragen wir ferner, daß die Kasse gegen Abzug eines Viertels des Krankengeldes eine Hauspflegerin stellen soll. — Wenn die Mehrheit sich durch nichts bewegen läßt, aus ihrer Banzentaktik herauszutreten. (Sehr gut! bei den Soz.) So bitte ich den Präsidenten, die Abstimmungen nur negativ vornehmen zu lassen, damit die Herren der Mehrheit nicht in ihrer Bequemlichkeit gestört werden. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Anträge Albrecht werden abgelehnt.
§ 201 bevollmächtigt die Kassen, neben Krankentasse eine Hauspflegerin in der Höhe der Hälfte des Krankengeldes an die Familie zu zahlen.

Busold (SD.): Wir beantragen statt $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$ zu setzen. Angesichts der niedrigen Löhne, namentlich im Osten wird durch die Gewährung des halben Krankengeldes als Haushaltsgeld oftmals die Familie der Kranken nicht einmal vor der schlimmsten Not bewahrt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Mollenbühr (SD.): Auch in diesem Falle bedeuten Mehrleistungen keine wirkliche Mehrbelastung der Kassen. Die Genesung wird häufig beschleunigt werden, wenn der Kranke seine Familie vor der ärgsten Not geschützt weiß. Auch die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Wirtschaftspolitik macht eine Erhöhung des Haushaltsgeldes zur dringenden Notwendigkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Hue (SD.): Die Krankentasse wird aus einer Wohltat zur Plage, wenn die Familien der in den Krankenhäusern liegenden Arbeiter wegen des ungenügenden Haushaltsgeldes in Not und Elend geraten. Darum sträuben sie auch namentlich im Ruhrrevier die Arbeiter gegen die Krankentasse. Ein luxuriöses Dasein gewährt doch wahrlich auch unser Antrag den Familien der Arbeiter nicht. Er hat eine Zeit gegeben, in der die Bergknappen den vollen Tageslohn als Krankengeld empfangen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.
Die Beratung über die §§ 204 und 205 wird verbunden.

§ 204 berechtigt die Kasse, wenn ein Versicherter Krankengeld aus einer anderen Versicherung erhält, die Leistung der Krankentasse bis auf den Durchschnittsbetrag des täglichen Arbeitsverdienstes zu kürzen, gibt aber ab, sachungsgemäß diese Kürzung auszuschließen. § 205 verpflichtet die Versicherten zur Anzeige anderer Versicherungsverhältnisse, wenn die Satzung es vorschreibt.

Schmidt-Berlin (SD.) und Dr. Mugdan (Fortf. Wpt.) sprechen für den Antrag Albrecht auf Streichen der beiden Paragraphen. Aus § 204 und 205 spricht ein kleinliche Furcht vor dem schrecklichen Unglück, daß ein Arbeiter ein paar Groschen Krankengeld mehr bekommen könnte, während gerade der Kranke eine Zulage sehr gut gebrauchen kann. (Zust. links.)

Gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten wird der Streikungsantrag abgelehnt.

§ 206 läßt die satzungsgemäße Erhöhung des Krankengeldes auf $\frac{3}{4}$ des Grundlohnes unter bestimmten Einschränkungen zu.

Ein Antrag Albrecht, den Brühne (Soz.) begründet, will diese Einschränkung streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 207 berechtigt die Kassen, das Krankengeld zu verweigern, wenn die betreffenden Mitglieder die Kasse vorzüglich durch eine strafbare Handlung beschädigt haben und die Krankheit durch schuldhaftige Beteiligung an Raufereien zugezogen haben.

Busold (SD.) beantragt, hinzuzufügen, daß das Krankengeld an die Angehörigen dieser Mitglieder zu zahlen, deren Unterhalt sie ganz oder überwiegend bestritten haben. Man kann doch nicht die Familienangehörigen für die

gehen ihrer Ernährer bestrafen! Den Soldaten wird befohlen, in Schlägereien den Kameraden beizuspringen, und mancher nimmt diese Sitte ins tägliche Leben mit. Dazu kommt dann noch der Alkoholismus, speziell der Schnapsgegnuß, den amtliche Kreisblätter im Interesse der Reichsbehörden zu empfehlen sich nicht scheuen. Unser Schnapsboykott beweist, wie ernst es uns mit der Bekämpfung des Alkoholismus ist. Aber wir wollen nicht Unschuldige leiden lassen. (Zust. bei den Soz.)

Frühne (S.D.): In Moabit sind zahlreiche Arbeiter von Schülern nach allen Regeln der Kunst verprügelt worden. Nach § 207 können nur noch die Familien dafür extra bestraft werden, daß ihre Ernährer krank geprügelt worden sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nach § 208 kann die Kasse auch für kleinere Heilmittel mit Zustimmung des Oberverwaltungsamts einen Höchstbetrag festlegen.

Albrecht (S.D.): Wir beantragen die Zustimmung des Oberverwaltungsamts zu streichen. Es liegt gar keine Veranlassung für diese Bindung der Kassen vor, die nur im Interesse sozial rückständiger Arbeitgeber liegt. (Zust. bei den Soz.)

Die Diskussion über die §§ 210 bis 213 (Wochenhilfe) wird verbunden.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (S.D.) beantragen, in der Zeit, in der die Versicherten infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig sind, ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes sowie die erforderlichen Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung und ein Wochenlohn während der ersten 8 Wochen nach der Niederkunft in Höhe des Krankengeldes zu gewähren. Die Vorlage gewährt nur ein Wochenlohn von 8 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen.

Die Abgg. Dufnagel (K.) und Jrl (Z.) beantragen, daß bei Wöchnerinnen, die in der Landwirtschaft oder als Dienstmädchen beschäftigt sind, die Gewährung der Wochenhilfe durch die Säugung geregelt wird. — Die Hebammenhilfe und ärztliche Geburtshilfe gewährt die Vorlage nur fakultativ durch Säugung der Kasse. Weiter verlangt ein Antrag Albrecht und Gen. (S.D.) auf Verlangen der Wöchnerinnen oder ihres Ehemannes die Zuweisung einer Hauspflegerin, wofür ein Viertel des Krankengeldes abgezogen werden darf. Die Vorlage gestattet nur fakultativ diese Zuweisung, wofür sie die Hälfte des Krankengeldes abziehen erlaubt. Schließlich verlangt ein Antrag Albrecht und Gen. (S.D.) für Wöchnerinnen ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes für die Dauer von 24 Wochen, während die Vorlage ein solches nur fakultativ und zwar für 12 Wochen gestattet.

Dr. David (S.D.) begründet die Anträge. Es handelt sich hier um das Interesse der Mütter und der heranwachsenden Generation. Jeder fühlende Mensch muß es für dringend notwendig halten, daß von den Schwangeren in ihrer schweren Zeit wenigstens materielle Sorgen ferngehalten werden. Die Gesellschaft schließt ihr eigenes wertvollstes Gut, wenn sie für den Schutz der Mütter eintritt. Es handelt sich hier um unser höchstes nationales Gut. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Heute sieht der Staat in bezug auf den Säuglingschutz in der Statistik weit zurück. 359 000 Säuglinge starben 1908 im Deutschen Reich. (Hört, hört! bei den Soz.) Mutterschutz heißt Kinderschutz. In Deutschland mit seiner berühmten Sozialpolitik müssen Hunderttausende von Kindern schon im Mutterleib hungern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Besonders schwer liegen die Verhältnisse bei den gewerbstätigen Frauen. Die Mediziner haben daher eine Ruhezeit von drei Monaten für die Schwangeren verlangt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Ärzte haben festgestellt, daß die Folge der Arbeit der werdenden Mütter bis kurz vor der Geburt in sehr vielen Fällen Frühgeburten und zu leichtes Gewicht der Säuglinge sind. Diese Zustände sollten Sie veranlassen, wenigstens hier eine Besserung vorzunehmen. Unsere Anträge sind außerordentlich bescheiden. Nun haben die Herren Dufnagel und Jrl noch in letzter Stunde einen Antrag eingebracht, der sogar hinter der Regierungsvorlage noch weit zurückbleibt. (Zurufe b. d. Soz.: Acht christlich! Pfui! — Rufe, die Präsident Graf Schwerin-Löwig rügt.) Wir haben über diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt, weil wir vor dem deutschen Volke auszusprechen wollen, wer den Mut hat, solche Verschlechterungen in diesem Fall zu beantragen. (Beifall b. d. Soz.) Namentliche Abstimmung beantragen wir auch über den Teil unseres Antrages, wonach die Gewährung von Hebammen und sonst nötiger ärztlicher Hilfe bei der Niederkunft von den Kassen als Pflichtleistung festgelegt werden soll. Wird der Antrag nicht angenommen, so wird man in Tausenden von Fällen aus finanziellen Bedenken die ärztliche Hilfe nicht zuschieben. 6000 deutsche Mütter müssen alljährlich ihr Leben im Wochen lassen. Ein staatliches Rettungswerk ist daher hier notwendig. Besonders wichtig ist auch die obligatorische Gewährung von Stillgeld. Die Statistik beweist, daß die Kinder, die nicht die natürliche Nahrung der Muttermilch erhalten, sehr viel mehr Krankheiten und dem Tode ausgesetzt sind. Die Entziehung der natürlichen Nahrung wirkt bis in das Alter der Heerespflichtigkeit nach. Nun sagt man, unsere Volkswirtschaft kann die Kosten unseres Antrages nicht tragen. (Sehr richtig! im Zentr.) Aber heute werden sie auch getragen, nur daß sie den Armen und Schwächsten auferlegt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im übrigen verzinst sich keine Kapitalanlage so gut wie die Ausgaben zum Schutz der Mütter und Kinder. Das Unglaubliche ist, daß die Regierung das ganze Gesetz für unannehmbar erklären will, wenn auch nur unser Antrag auf obligatorische Hebammenhilfe angenommen wird. (Hört, hört! und Pfuirufe b. d. Soz.) Das beleuchtet mit grossem Schlaglicht, wie tief die sozialpolitische Einsicht und Empfindung bei den maßgebenden Stellen des Deutschen Reiches ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist dies ebenso ein Dokument der Schande wie das Unannehmbar der Konservativen in der Frage des Hafenschadens beim BSB. Den Mehrheitsparteien ist dies Unannehmbar sehr willkommen, um es als Deckmantel für ihre Haltung zu gebrauchen. Aber niemand aus dem Volke wird glauben, daß die Regierung wirklich den moralischen Mut haben könnte, an dieser Frage das Gesetz scheitern zu lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Darum fordern wir Sie auf, hier einmal ein wirklich nationales Werk mit uns gemeinsam zu vollbringen. (Beif. Beifall b. d. Soz., Zischen rechts, erneutes Bravo! b. d. Soz.)

Jrl (Z.): Auf dem Lande sterben viele Kinder, die garnicht auf dem Lande geboren sind. Das berücksichtigt wohl die Statistik nicht. Auf die Ausführungen des Vorredners kann man nicht eingehen, sonst würden wir mit der Reichsversicherungsordnung garnicht fertig. (Ala! bei den Soz.) und dann könnten überhaupt keine Mehrleistungen gewährt werden. In erster Linie haben Väter und Mütter die sittliche Pflicht, für ihre Kinder selbst zu sorgen. Wie viele Millionen der „bescheidene“ Antrag der Sozialdemokraten kosten würde, wissen wir nicht. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.
Schluß 6¼ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 8. Mai 1911.

Der Vorsitzende Dimpfer eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min.

Der erste Senatsantrag betrifft die Umwandlung einer Zollrevisorstelle in eine Oberzollkontrollleurstelle und zweier Zollsekretärstellen in Zollassistentenstellen.

Röster kommt auf die Vorlage betr. die Aufbesserung der Bezüge für Bureau-Hilfsarbeiter zu sprechen, die Kommission tags seit zehn Monaten, ohne Bericht zu erstatten, es scheint dieser Kommission das Verständnis für die Lage dieser Beamten abzugehen.

Senator Dr. Fehling wünscht ebenfalls die baldige Erledigung dieser Angelegenheit. Der Bericht soll im Drucke sein.

Dr. Zieh! Der Bericht ist fertiggestellt und wird demnächst erscheinen.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Beim Antrag betr. die Erweiterung des Hochdruckwasserkraftwerks in Travemünde bittet

Meincke (Travemünde), der Senat möchte nochmals Besuche anstellen lassen, um Quellwasser zu erschließen.

Der Antrag des Senats wird hierauf angenommen.

Es folgt der Senatsantrag betr. Verlängerung der Straßenbahn Linie Markt-Bahnhof über den Kreuzweg durch die Hansastrasse.

Stelling: Dem Senatsantrag kann man im allgemeinen zustimmen, trotzdem auch hier ein Zuschuß einer Terraingesellschaft in Anspruch genommen wird. Die Senatsvorlage ist ziemlich schnell vorwärts geschritten, ebenso schnell sollte auch an den Strecken gearbeitet werden. In der Beckergrube, an der Unterrade und vor allem in der Königstraße ist die Höhe in Langsamkeit erreicht worden. So kann es unmöglich weiter gehen. In der Königstraße dauert der Zustand schon 14 Tage. An dem letzten schönen Sonntag war die Bahn nicht imstande, den Verkehr zu bewältigen, weil infolge der Buddelei in der Königstraße keine Anhängewagen fahren konnten. Nicht nur ein schöner Verdienst ist dadurch dem Staate entgangen, sondern auch eine unnötige Belastigung des fahrenden Publikums entsteht durch solche Buddelei. Die Hauptschuld trifft allerdings wohl die Firma, welche die Pflasterung ausführt. Hier muß es doch möglich sein, daß die Straßenbahnbehörde einen Druck ausübt. Ich habe das Empfinden gehabt, daß dort außerordentlich langsam gearbeitet wurde. Wenn die Arbeiterzahl zu klein ist, muß sie vermehrt oder zur Nachtarbeit resp. zu überstunden gezwungen werden, wenn ich auch im Prinzip kein Freund solcher Arbeitsweise bin. Dann möchte ich noch an den Senat die Anfrage richten, warum man behördlicherseits zu einem Ball der Straßenbahner 250 Mk. gewährt hat. Ich möchte Auskunft darüber haben, wie sich der Senatskommissar diese Ausgabe aus den Groschen der Steuerzahler zu verantworten gedenkt und welche Gründe dafür maßgebend waren.

Senator Dr. Lienau: Die Straßenbahnbehörde hat dringend gewünscht, daß die Arbeit beschleunigt wird, aber sie ging nicht schneller, zu machen. Der Beitrag zu dem Vergütigen hat die alte Straßenbahnbehörde immer geleistet, und wir hatten keinen Anlaß, diesen Zuschuß den Arbeitern vorzunehmen.

Heinsohn bemängelt gleichfalls den Straßenbahnbetrieb. Die Schaffner sollten aufmerksamer sein. Dem Publikum müßte man mehr entgegenkommen. Die Bediensteten unterhielten sich vielfach mit den Fahrgästen und veräuserten ihre Pflicht.

Senator Dr. Lienau: Die Bahnverwaltung ermahnt die Beamten immer dringend zur Aufmerksamkeit. Wenn Verstöße vorkommen, sollten sie uns mitgeteilt werden, damit die Verwaltung gegen die Leute vorgehen kann.

Dr. Wittern: Es ist richtig, daß manchmal lange gewartet werden muß, bis man ein Billett erhält. Deshalb müssen die Abonnements eingeführt werden; sie erleichtern den Verkehr.

Senator Dr. Lienau: Zurzeit sind wir nicht in der Lage, Zeitkarten einzuführen. In diesem Jahre findet ein Kongreß der Straßenbahnen über diese Fragen statt und wir haben keinen Anlaß, diesen Beschluß vorzugreifen.

Stelling unterstützt die Ausführungen von Dr. Wittern.

In der Tat sieht hier nach dieser Richtung hin nicht alles so aus, wie es sein sollte. Herr Heinsohn empfindet es unangenehm, daß man nicht wie in anderen Städten: beim Überschreiten der Zone ein 5-Pfennig-Billett dazu lösen kann, sondern den vollen Betrag zahlen muß. In Hamburg und anderwärts hat man dies doch durchgeführt. Auch klagte Herr Heinsohn darüber, daß das Abknipsen der Fahrtscheine zu lange Zeit in Anspruch nimmt. Ich will gegenwärtig keine andere Methode anregen, aber heute schon sieht fest, daß die Schaffner mit dem jetzigen System nicht zurechtkommen können. Im Sommer werden wir eine befriedigende Lösung erst recht nicht erreichen. Ich habe schon früher auf einen andern Antrag hingewiesen, bei einfachen Fahrten sollten die Fahrtscheine einfach abgerissen werden und beim Umsteigeverkehr das Hamburger System einführen. Hoffentlich kommt die Behörde noch zu dieser Ansicht. Aber die Aufgabe des Senats habe ich mich gewundert, daß man sagt, bei den 250 Mk. handle es sich um ein einmaliges Vergütigen, das das gute Einvernehmen fördere. Der Ansicht bin ich nicht. Besser wäre eine allgemeine Aufbesserung der Löhne, die ja zum Teil den älteren Fahrern bewilligt worden ist, aber nicht denen, die seit einem Jahre in Stellung sind. Die 250 Mk. hätte man besser dazu verwendet. Die Buddelei in der Königstraße hat der Senat bestätigt. Die Zementierung hätte in acht Tagen bewältigt werden können. Die Verlegung der Weiche war überflüssig; praktisch kommt hierbei doch nichts heraus. Diese Arbeit hätte man sich sparen können.

Senator Dr. Lienau betont nochmals, daß die Beihilfe von 250 Mk. auf einer jahrelangen Übung beruht, die nicht abgeschafft werden soll. Die Beteiligung des Vergütigen war sehr groß und beweist das gute Einvernehmen der Arbeiter und Behörden. Die Verlegung der Weiche in der Königstraße war der verschiedenen Entfernungen wegen notwendig.

v. Schaack bemängelt die verschiedene Bezahlung beim Umsteigen vom Kohlmarkt zum Schlachthaus.

Lauenstein fragt, ob die Bewegung der Schützenstraße nach dem Rechte in Aussicht genommen sei.

Senator Dr. Lienau: So viel ich weiß sind Ermäßigungen im Gange.

Die Senatsvorlage wird angenommen, gleichfalls diejenige betr. Erbauung einer Kleinbahn von Lübeck nach Segeberg.

Beim Antrag betr. Abänderung des Bebauungsplanes der Vorstadt St. Lorenz für die Finkenstraße wünscht

Höbs, daß ein neues Exemplar des Bebauungsplans bald in die Hände der Bürgerschaft gelangt.

Senator Dr. Stooss: Der Plan befindet sich im Druck.

v. Schaack: Es wurde feinerzeit beschlossen, den Bürgerchaftsmitgliedern ein Exemplar zugehen zu lassen.

Der Antrag wird angenommen.

Ferner werden genehmigt die Anträge: Ausbau der Moislinger Allee und Erbauung neuer Straßen auf den dem Kaufmann E. Jappe gehörigen angrenzenden Ländereien und Erwerb des Grundstücks Artikel 868 der Mutterrolle von Lübeck, innere Stadt.

Der folgende Antrag bezweckt die Verlegung des Doaklageplatzes bei der Kochschen Schiffsverft.

Höbs glaubt, daß die Vertreter der Werft die Verhandlungen sehr geschickt geführt haben. Die Kohlenlager sollen näher an die Werft herangelegt und durch die Verlegung des Dockes Platz für das Gleise geschaffen werden. Ein ungehinderter Verkehr würde aber nicht eintreten, das Dock müßte man unterhalb der Werft verlegen, soll der Verkehr nicht beeinträchtigt werden. Die Werft müßte nach 20 Jahren eine Tiefe von über 4½ Meter schaffen, das sollte ihr doch aufgetragen werden. Jetzt könnte man noch darauf hinwirken, daß uns die ganze Kaibreite freibleibe.

Senator Dr. Stooss: Würde das Dock noch mehr verschoben, könnte es in der jetzigen Richtungslinie nicht liegen bleiben. Eine weitere Verschiebung erforderte durch Abaggerung außerordentlich hohe Kosten. Licht und Schatten sind genügend abgezogen und die Vorteile des Staates gewahrt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Ausgedehnt wird die Debatte über den Antrag betr. Herstellung einer neuen Straße an Stelle der Straßen Alter und Kleiner Schrang.

Dr. Görh: Das Schicksal der Vorlage hänge vom Antrag unter der Ziffer 2 ab. Der Antrag habe ein eigenartiges Schicksal erfahren. Den Behörden sei von der Firma Karstadt ein Angebot gemacht worden, ihr ein Areal am Schrang für 180 000 Mk. zu verkaufen und das ehemalige Spritzenhaus niederzuliegen. Der Betrag sei dem Finanzdepartement zu gering erschienen, sodas Karstadt die Summe um 25 000 Mk. erhöhte. Der Bürgerausschuß habe beschlossen, den Verkauf um 250 000 Mk. zu genehmigen. Sollte heute ein Antrag kommen, der über den Bürgerausschußantrag hinausgehe, müßte dieser zuerst zur Abstimmung kommen. Nicht richtig sei bei den Verhandlungen verfahren. Das Finanzdepartement müßte eigentlich in erster Linie dabei in Betracht kommen; hier habe aber das Polizeiamt und die Baudeputation zunächst verhandelt, was ganz unrichtig sei. Die Baudeputation habe für die technische Seite zu sorgen, und da müßten manchmal finanzielle Interessen zurücktreten. Es herrschten tatsächlich unheilvolle Zustände im Verkehr der Königstraße mit der Breiten Straße. Das Polizeiamt sei von dem Neubau eines Polizeigebäudes auf dem alten Bahnhofesplatz beeinflusst, es habe ein Interesse, daß das Polizeigebäude nicht an die Stelle des alten Spritzenhauses gesetzt werde. Herren, die geschäftlich mit der Firma Karstadt in dieser Sache zu tun haben, sollten heute das Wort nicht nehmen, um die Unabhängigkeit hochzuhalten. Könnten die Finanzen es vertragen, sollte dem Projekt zugestimmt werden, es würde so ein Städtebild geschaffen, wie wir es schöner nicht haben könnten; und gleichfalls würden unheimliche Verhältnisse beseitigt. Ob es sich nun um ein Warenhaus handle oder nicht, komme nicht in Betracht. Die Entwicklung des Warenhauses könne dadurch doch nicht aufgehalten werden, wenn man diese Vorlage ablehne. (Sehr richtig!) Das könne doch nur Aufgabe einer Reichsgesetzgebung sein. Auch die Detaillisten seien dieser Ansicht. Nur darauf müßten wir dringen, daß die Firma Karstadt einen angemessenen Preis bezahle. Wir hätten keinen Anlaß, dieser Firma etwas zu schenken, auch die Straßenbauabgabe müsse die Firma bezahlen, so gut wie alle andern Besitzer. Karstadt habe doch für das Möhringsche Grundstück 365 000 Mark gegeben, dann hätten auch einzelne Geschäftsleute in der Breiten Straße bis zu 2000 Mk. pro Quadratmeter bezahlt. In Rücksicht auf die ganz außergewöhnlich großartige Geschäftslage sei der geforderte Preis angemessen, über diesen dürfe man nicht gehen, wolle man sich nicht der Gefahr aussetzen, einen zu hohen Preis zu fordern. Der Senatsantrag sollte deshalb abgelehnt und derjenige des Bürgerausschusses angenommen werden. Redner glaubt nicht, daß die Firma sich dauernd ablehnend verhalten wird. Die jetzigen Zustände würden doch nicht verewigt, nach einigen Jahren käme vielleicht ein anderer und würde ein Angebot machen, dem man sich nicht verschließen könne. Den Detaillisten sei genügend entgegengekommen, wenn die Firma Karstadt einen angemessenen Kaufpreis bezahle. Redner bittet um Annahme des Bürgerausschußantrages.

Senator Dr. Stooss: Würde das Finanzdepartement die Verhandlungen geführt und den Preis gefordert haben, der heute gestellt wird, hätten wir uns heute mit dem Senatsantrag jedenfalls nicht zu beschäftigen, denn die Firma zahlt diesen Betrag nicht. Die Baudeputation hat mit Recht die Verhandlungen geleitet, wer sollte es denn sonst tun. Die Größe des Platzes spielt für Karstadt nicht die Rolle, die Hauptfrage ist die Freilegung ihres Gebäudes. Daß 2000 Mark für den Quadratmeter in der Breiten Straße bezahlt worden sind, ist mir unbekannt. Die im „General-Anzeiger“ genannten Zahlen kommen nicht in Betracht. Das zu verkaufende Areal selbst hat für den Staat sehr wenig Wert, wohl aber für den Käufer. Vom Standpunkt des Staates können wir uns freuen, wenn Karstadt den vom Bürgerausschuß geforderten Preis bezahlt, ich bezweifle es aber, und dann ist für absehbare Zeit nicht daran zu denken, daß Karstadt wieder baut, und das häßliche Bild bleibt bestehen. Von einer Begünstigung der Firma Karstadt ist keine Rede.

Senator Dr. Neumann weist die Angriffe auf die Unparteilichkeit des Polizeiamtes bei den Verhandlungen und bei dem ganzen Projekt zurück. Zufällig nur sei die Frage nach Schaffung neuer Bureauräume mit dem Verkauf des alten Spritzenhauses an Karstadt zusammengetroffen. Zur Aufnahme von Bureauräumen sei das alte Spritzenhaus absolut ungeeignet.

Buchwald hebt die Verbreiterung des alten Schrangens zu einer Straße hervor. Wäre diese Frage gekommen, und damit in Verbindung die Erhebung einer so großen Straßenbauabgabe für die Anlieger, so müßte sie kommissarisch geprüft werden, denn sie greife in die privatrechtlichen Verhältnisse ein. Durch die Pläne wurde bewiesen, daß man grade das schaffen wolle, was an anderer Stelle der Stadt fehlend ist. Durch die Zerteilung der Vorlage soll sie schmählicher sein. Fehler seien gemacht worden schon in der zu geringen Forderung. Und dann sei die Eigentümerin des Hauses, die Verwaltungsbehörde, gar nicht gefragt worden. Die Angst, den schönen Blick über die Firma Karstadt durch Ablehnung des Verkaufes zu verlieren, brauche man gar nicht zu haben. Durch den Verkauf würden wir jährlich 12 000 Mk. Zinsen verlieren. Abgesehen seien die Abnehmer nur Notgedrungen auf den Verkauf eingegangen. Würden die Straßenbau-Abgaben gerechter verteilt, könnte man heute schon das gleiche finanzielle Ergebnis erreichen. Ein Geschäft, das 10 Lädenfenster an der Straßenfront habe, müsse 76 000 Mk. Abgabe bezahlen, während Klinker mit einem kleinen Haus 35 000 Mk. bezahlen müsse. Würde das Verhältnis gerecht sein, müßte Karstadt 360 000 Mk. Abgabe bezahlen, zum mindesten könnte man ihm 180 000 Mk. auf-

erlegen; dann könnte das Spritzenhaus abgerissen werden, ohne daß das benachbarte Areal an Karstadt verkauft werde. Ein Gegenangebot sollte überhaupt nicht gestellt werden, Karstadt kommt doch wieder; er sollte es als ein Entgegenkommen betrachten, wenn ihm der Platz überlassen wird.

Senator Dr. St o o f s behauptet, daß die Vorlage ein einheitliches Projekt sei, dessen Ausführung noch vorläufig überlegt werden müsse. Mit den Abgaben zahlt Karstadt eine genügend große Summe. Der Wert des Spritzenhauses komme auf alle Fälle heraus, Karstadt würde das Gebäude niemals kaufen, wenn es so gelegen wäre, wie das Möhring'sche Haus. Er zahlt ja auch für die großartige Lage ein Teil der Abgaben mit.

Behn wünscht Kommissionsberatung. Die Entwicklung des Warenhauses müsse hintengehalten werden. Es liege nicht im Interesse des Staates und der Detaillisten, daß die Entwicklung der Warenhäuser gefördert werde.

Senator Dr. S t o o f s wendet sich gegen die Kommissionsberatung, die die Vorlage begeben würde.

G. Reimpell: Es herrscht eine Befriedigung in der Einwohnerschaft über die Abänderung der dortigen Verhältnisse. Nur der Preis spielt noch eine Rolle; durch Kommissionsberatung wird diese Frage aber nicht aus der Welt geschafft. Ein Preis von 1000 Mk. für den Quadratmeter ist angemessen. Karstadt hat das Möhring'sche Grundstück nur so hoch bezahlt, weil es ein Eckgrundstück war. Wenn Karstadt 185 000 Mk. und die Straßenbauabgabe zahlt, können wir zufrieden sein. Redner stellt entsprechende Anträge.

Sch a e t begründet den Behnschen Antrag auf Kommissionsberatung. In so kurzer Zeit habe man die Vorlage nicht studieren können. Wenn die Firma Karstadt bauen will, kann sie dies nur, wenn das Spritzenhaus niedergelegt wird. Sonst ist sie gezwungen, nur anderthalbfache Straßensbreite aufzuführen. Das kann sie nicht. Durch den Verkauf wird sich Karstadt wohl vergrößern und der Platz verschönt, aber dadurch werden die Fremden besonders auf Karstadt hingelenkt und die andern Geschäftsteile haben das Nachsehen. Wir würden unser eigenes Grundstück billiger verkaufen als wir selbst bezahlt haben und als Karstadt an Möhring bezahlte. Würde der Fall umgekehrt liegen, möchte ich sehen, was Karstadt verlangen würde.

Thiele hält den Preis von 250 000 Mk. für viel zu niedrig. Das Warenhaus wolle auch die Lebensmittelbranche aufnehmen und dadurch wieder viele Detaillisten schädigen.

Dr. Wittern bezweifelt, daß das Finanzdepartement mehr herausgeholt hätte. Beim Verkauf des Wlages an der Lohmühle seien drei Mitglieder des Finanzdepartements dabei gewesen, und die Kommission der Bürgerschaft sei heftig angegriffen worden. Als man nichts mehr wußte, habe man die Mitglieder angegriffen und ihnen persönliche Animosität vorgeworfen. (Redner wird vom Wortführer wiederholt ersucht, zur Sache zu sprechen.) Ich bedaure, daß die Behörde die Ausnahme gemacht hat, Karstadt von der Straßenbauabgabe zu befreien. Aber die Bürgerschaft hat gar keine Ursache, jetzt der Behörde einen Vorwurf zu machen, denn beim Lohmühlchen Verkauf hat sich die Bürgerschaft selbst verleugnet. Dort hatte der Staat kein Interesse daran, daß ein Park entsteht, hier aber hat der Staat ein Interesse für eine Änderung der jetzigen Zustände. Karstadt habe ja selbst das Angebot dem Staat gemacht. Wenn der Vertrag nicht genehmigt wird, zeigt die Bürgerschaft, daß sie großen Aufgaben nicht gewachsen ist und Kirchturnspolitik treibt. Ich bin stets ein Gegner davon gewesen, daß der Bürgerschaft zu kurze Zeit zur Beratung gelassen wurde; hier aber ist eine Ausnahme angebracht, weil sonst das ganze Projekt zunichte wird. Kommissionsberatung bitte ich abzulehnen. Der Vorwurf des Bürgerschaftsmitgliedes und Mitgliedes des Finanzdepartements, Buchwald, Karstadt eine Bauabgabe von 360 000 oder nur 180 000 Mk. aufzuerlegen, ist geradezu ungeheuerlich und bedeutet eine Vermögenskonfiskation; einer solchen Ansicht muß ganz entschieden entgegengetreten werden.

Fehling billigt durchweg die Ausführungen des Vorredners. Wenn individuelle Rücksichten bei der Straßenbauabgabe vorwalten sollten, kämen wir zu den unhygienischen Zuständen, denen die Gerichte in jeder Richtung entgegenzutreten würden. Es wurde schon früher gesagt, das Spritzenhaus werde nur verkauft, wenn wirtschaftliche und ästhetische Vorteile erzeugt würden. Beim Festhalten dieser Anschauung kann man nicht anders verfahren als wie jetzt vorgeschlagen ist. Wenn Karstadt jetzt das Möhring'sche Grundstück umbaut, müssen wir mit der Zeit das Spritzenhaus doch abreißen. Karstadt wird bauen, ob er das Spritzenhaus erhält oder nicht. Die Ablehnung der Vorlage würde die Möglichkeit eines neuen und schönen Schrangensprojekts nehmen. In absehbarer Zeit wird ein besseres finanzielles Ergebnis nicht erzielt.

Sch a e t eruchtet um Kommissionsberatung. Der jetzige Zustand ist seit Jahren ertragen worden und kann noch weiter so bestehen bleiben. Durch das Niederlegen des Spritzenhauses gewinnt das Eckgrundstück von Karstadt doppelten Wert. Die Miete vom Spritzenhaus ist viel zu billig. Möhring hat soviel abvermietet, daß er für 2150 Mark das große Lokal inne hat. zählt man die Baukosten hinzu, dann hat er trotzdem für den schönen Platz nur jährlich 5000 Mk. zu bezahlen.

Senator Dr. S t o o f s widersteht dem Vorredner. Buchwald entgegnet Dr. Wittern. In der Fügigkeit sei ihm Dr. Wittern über, aber nicht in der Richtigkeit.

Dr. G ö r g: Richtig ist, daß für Grundstücke in der Breiten Straße nur 14—1500 Mk. pro Quadratmeter bezahlt wurden. Das Finanzdepartement hat im Falle des Arealverkaufs bei der Lohmühle an Vorkauf ganz korrekt gehandelt. Aber die Form des Kommissionsberichts war damals ungewöhnlich. Heute Kommissionsberatung zu beschließen, wäre unangebracht, man sollte sich heute definitiv schließend über die Annahme oder Ablehnung.

Sch i e m a n n glaubt, Dr. Wittern habe die klare Vernunft aufzuwickeln versucht. Eine Kommissionsberatung sei unbedingt notwendig; man brauche deshalb nicht zu befürchten, daß das schöne Schrangensprojekt hien ginge. Das finanzielle Ergebnis spiele eine sehr wichtige Rolle. Durch das Grauligwerden, das Projekt komme nicht zur Ausführung, sollte sich die Bürgerschaft von der Kommissionsberatung nicht abhalten lassen.

Senator Dr. Neumann behauptet, daß die Annahme einer Kommissionsberatung das Schrangensprojekt für dieses Mal endgültig beseitigen würde. Das Projekt ging nicht von Karstadt aus. Die Firma hat allerdings um einen Dispens von der Bauvorschrift erucht, um am Schrangens-

das Möhring'sche Grundstück höher bauen zu dürfen. Dieser Dispens wurde ihr auf keinen Fall zugebilligt, wohl aber kam dann das Schrangensprojekt in den Vordergrund. Für den großen Gesichtspunkt, um den es sich hier handelt, muß das Verständnis vorhanden sein. Das ästhetische Stadtbild, wie es früher war, kann heute ohne finanzielle Opfer wieder gewonnen werden. Wird der Moment verpaßt, ist es ganz ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit eine Änderung eintritt und dann nur mit wesentlichen Opfern. Heute ist der Augenblick gekommen, wo gehandelt werden muß. Mehr werden wir aus der Firma Karstadt auf keinen Fall herauspressen.

Sch i e m a n n: Mit sentimentalischen Erwägungen sollte der Senat die Vernunft nicht ablenken; reale Tatsachen hat auch Herr Senator Neumann nicht gebracht; ironisch sollte man Äußerungen von Bürgerschaftsmitgliedern nicht zurückweisen, am allermeinsten vom Senate. Die Firma Karstadt habe vielleicht nur Zeichnungen eingereicht, daß sie bauen wolle, um den Staat zu einem für sie vorteilhaften Angebot zu veranlassen. Ich habe reelle Ziffern genannt. Das Schrangensprojekt werde jetzt in den Vordergrund geschoben, das könne der Staat jederzeit selbst ausführen. Man müsse hier genau prüfen und Kommissionsberatung annehmen, damit letzte man dem Staate einen Dienst.

Senator Dr. Neumann bezeichnet das Schrangensprojekt als das erste Ziel des Vertrages, umso mehr als er beim Verkauf des Arealstreifens an Karstadt keine finanziellen Kosten verursache. Ein bloßer Schein seien die eingereichten Pläne der Firma Karstadt nicht.

Dr. Wittern: Herr Buchwald zitiert wie viele andere große Männer oft, aber manchmal ungeschickt. Vor Jahren zitierte er den Schüler aus Goethes Faust; jenes Mühlrad ging ihm noch tagelang im Kopf herum. In der Fügigkeit der Aufstellung von Zahlen reiche ich Buchwald aber nicht einmal an die Schulhohlen heran. Seine Zahlen waren nicht richtig. Redner wendet sich gegen Dr. G ö r g, der sich in seinen auf ihn (Redner) bezüglichen Ausführungen geirrt habe. Herrn Schiemann entgegne er, daß er, Dr. Wittern, auf dem realen Boden stehe, und daß ihm 185 000 Mk. lieber seien als gar nichts.

L ü t h spricht zugunsten der Vorlage. G. Reimpell hebt hervor, daß die Firma Karstadt im eigenen Interesse dem Angebot der Bürgerschaft beizupflichten werde. Das neue Projekt ermögliche ihr eine ganz große Ausnutzungsmöglichkeit ihres Grundstücks.

Sch i e m a n n: Manchmal ist man so intelligent, daß man nach 14 Tagen erst erfährt, wie unintelligent man gewesen ist; das möchte ich Herrn Dr. Wittern nur sagen. (Gr. Heiterk.)

Legt Meyer (Moiskling) hat die Überzeugung erlangt, daß eine Kommissionsberatung nicht beschlossen wird. Er schlägt deshalb eine Mittellinie vor, um die Sache zum Abschluß zu bringen. Vielleicht könnte man auch höher gehen als der Bürgerschaftsbeschluß. (Große Heiterk.)

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

In der Einzelberatung soll zuerst über den Senatsantrag abgestimmt werden, dem wurde widersprochen.

Fehling behauptet, mit dem Antrag gehe man weiter, der den Staatsgrundbesitz am billigsten hergeben wolle. Für den § 1 des Senatsantrags (185 000 Mk.) stimmt die Mehrheit.

Zum Antrag G. Reimpell macht Fehling längere rechtliche Ausführungen und empfiehlt den Bürgerschaftsbeschlußantrag. Die Straßenbauabgabe sollte man der Firma nicht aufhalsen.

Der Antragsteller will diese bezahlt wissen. Dr. G ö r g: Im Endeffekt kauft alles auf das gleiche heraus. Herr Reimpell entzweit durch seinen Antrag seine Freunde. Der Bürgerschaftsbeschlußantrag sollte angenommen werden.

Dr. G. Meyer: Wenn der Reimpell'sche Antrag abgelehnt wird, finden sich die Freunde beim Bürgerschaftsbeschlußantrag wieder, besser ist, über den Reimpell'schen Antrag zuerst abzustimmen.

Der Reimpell'sche Antrag wird abgelehnt, der vom Bürgerschaftsbeschluß (250 000 Mark in drei Raten 81 000, 82 000 und 87 000 Mk.) wird angenommen.

Im weiteren Verlaufe kritisiert Buchwald einzelne Teile des Bauprojekts und stellt einen Abänderungsantrag, der eine neue Prüfung bezweckt.

Der Antrag wird genehmigt.

Punkt 4 will Schulmerich abgelehnt wissen, der Senat hat hiergegen kein Bedenken.

Dem Wunsche wird entsprochen.

Fehling wünscht bei Punkt 5, daß die Genehmigung der Bauausführung nicht allein dem Baudirektor zuzustehen soll, den Entscheid sollte die Baudeputation in Händen haben.

Die Abänderung wird genehmigt.

Die Gesamtvorlage wird hierauf mit großer Mehrheit genehmigt.

Ferner wird noch der Senatsantrag angenommen betr. Arealerwerb aus dem Grundstück Untertrape 88.

Schluß 10¼ Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilung eines geisteschwachen Soldaten. Ein Füßler vom Grenadierregiment No. 3 hatte sich vor dem Königsberger Kriegsgericht wegen Fahnenflucht und einiger damit zusammenhängender Vergehen zu verantworten. Bei dem Angeklagten machten sich Anzeichen hochgradiger geistiger Minderwertigkeit bemerkbar, deshalb wurde das Gutachten eines medizinischen Sachverständigen eingefordert. Dieser befandete, der Angeklagte leide an angeborenem Schwachsinn und stehe intellektuell auf der Stufe eines etwa 14 Jahre alten Dorfbuben. Trotzdem erklärte der Herr Sachverständige, die geistige Verfassung bedinge nicht eine Strafflosigkeit des Angeklagten auf Grund des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs, wohl aber sei „Milde“ am Plage. Das Kriegsgericht ließ denn auch „Milde“ walten und erkannte auf 8 Monate Gefängnis.

Kulturbild aus Pommern. Die Strafkammer in Star-gard hat in diesen Tagen den Privatförster Richard

Franzke aus Luisenhof in Pommern zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat die Erzieherin seiner Kinder, die von seiner Frau fälschlich beschuldigt worden war, in so brutaler Weise mißhandelt, daß sie dauerndem Siechtum verfiel. Er schleppte sie unter Beihilfe seines Knechts in den Wald und mißhandelte sie dort fürchterlich. Zunächst band er sie an einem Baum fest, indem er einen Strick um ihren Leib legte und diesen stramm anzog, so daß die Arme vor Schmerz laut aufschrie; dann nahm er eine Eisenrute — es war schon mehr ein Knüttel — und schlug unbarmherzig auf die Wehrlose ein, die vor Schmerz ohnmächtig wurde. Dann überließ er die Gequälte ihrem Schicksal; sie mußte ins Krankenhaus gebracht werden und ist heute noch nicht arbeitsfähig. Die Sache hat bereits die Gerichte beschäftigt, wurde aber vertagt, weil auf Grund der Aussagen von Sachverständigen der Angeklagte zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer Irrenanstalt überwiesen werden mußte. Es wurde festgestellt, daß Franzke ein starker Alkoholiker ist; jedoch hat er die Tat nicht im Zustande sinnloser Trunkenheit begangen. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Ein Gegenstück zu dem Prozeß Becker spielte sich vor dem Lauenburger Schöffengericht ab. Es handelte sich um die Beleidigung eines liberalen Lehrers durch einen konservativen Kreischulinspektor namens Schreyer. Dieser hatte den Lehrer Leddin in Verdacht, der Urheber eines „Eingekandt“ in einer liberalen Zeitung zu sein, in dem die Schulverhältnisse kritisiert wurden. Auf der Lehrerkonferenz danach gefragt, stellte es der Lehrer in Abrede; darauf erklärte der Schulinspektor: „Sie sind ein unverschämter Mensch, und nun verklagen Sie mich.“ Der Lehrer tat dies auch. Der Angeklagte hatte den Tonfall anders dargestellt, als die Klage behauptete und die Zeugenvernehmung ergab, und deshalb war der Kläger mit seiner Klage abgewiesen worden! Darauf hatte sich der Kläger bei der Strafkammer über den Richter beschwert. Die Strafkammer verfügte Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Kreischulinspektor. Die Zeugenvernehmung ergab, daß der Kläger den Angeklagten nicht gereizt, sondern ruhig und sachlich gesprochen habe. Die Zeugen hatten den Eindruck von einer beachtlichsten tiefen Ehrenkränkung gehabt, und daß es dem Beklagten darum zu tun war, dem Kläger des Vorgesetzten Macht und des Untergebenen Ohnmacht klarzumachen. Anstatt nun über das Strafmaß zu verhandeln, beschloß das Gericht, die Personalakten des — Klägers kommen zu lassen, um zu sehen, ob doch nichts Verdächtiges vorhanden ist. Das war aber nicht der Fall, trotz eifriger Blätterns in den Akten. So wurde der Kreischulinspektor zu ganzen — drei Mark Geldstrafe verurteilt.

Korrigiertes Festurteil. Der ehemalige südwestafrikanische Reiter J o s t i n g m e i e r, der während des südwestafrikanischen Aufstandes vom Kriegsgericht in Windhuk zu elfjähriger Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist nach vierjähriger Strafverbüßung im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens freigesprochen und ihm außerdem noch für ungeschuldig erlittene Strafe eine Entschädigung von 2500 Mk. zuerkannt worden.

Unterschlagungen eines Rechtsanwalts. Der Rechtsanwalt Dr. Ernst Adolf Schulze in Dresden wurde wegen Unterschlagung von Klientengeldern in Höhe von 43 000 Mk. zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Schulze war, als seine Veruntreuungen bekannt wurden, nach Chemnitz geflüchtet, wo seine Verhaftung erfolgte.

Ein Regierungsrat wegen Meineids verurteilt. Aus Deutsch-Nachrichten meldet ein Telegramm des Gouverneurs, daß der Referent beim Gouvernment, Regierungsrat Freih. v. W ä c h t e r, gegen den, wie seinerzeit mitgeteilt, ein Verfahren wegen Meineids eröffnet wurde, am Sonnabend durch Urteil des Gerichts I. Instanz wegen Meineids zu 16½ Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Angeklagte ist schon längere Zeit vom Dienste suspendiert.

Aus Nah und Fern.

Risiko der Arbeit. An der im Bau begriffenen Montier-Halle der Friedrich-Wilhelmshütte in Mülheim an der Ruhr stürzte ein Gerüst ein. Von fünf abgestürzten Arbeitern wurden drei getötet, die anderen beiden blieben unversehrt. — Im Azetylenraum der Kölner Gesellschaft für Luftschiff- und Apparatebau entstand eine Explosion, die die Gebäude stark beschädigte. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt, sodaß sie ins Hospital geschafft werden mußten. Die Ursache der Explosion scheint Selbstentzündung des Azetylens zu sein.

Eine Mutter als Retterin ihres Kindes. Aus Offenburg wird berichtet: Als die Frau des Steingrubenbesizers Kuhlmann in Steinbach auf dem Wege zu einer Freundin an einem Teich vorüberkam, sah sie, wie ein menschlicher Kopf aus dem Wasser auftauchte. Beim Herantreten erkannte sie zu ihrem Schrecken, daß es ihr eigenes Kind war, das in Lebensgefahr schwebte. Sie stürzte sich in voller Kleidung ins Wasser, und es gelang ihr, ihr Kind unter unsäglichen Anstrengungen ans Land zu bringen. Nach der Rettung brach sie bewusstlos zusammen. Sie liegt noch schwer krank darnieder.

Soch klingt das Lied vom braven Mann. Die „Zeit am Montag“ kann den Urheber des gegen den Offenen Abknecht vor der Berliner Anwaltskammer schwebenden Disziplinarverfahrens feststellen. Es ist dies der Rechtsanwalt Dr. Walther Schwabe, Berlin, Charlottenstr. 57. Durch die Ausführungen, die Genosse Liebknecht auf dem Parteitag über die preußische Liebedienerei vor dem Jaren gemacht hat, fühlte sich Dr. Schwabe in seinen patriotischen Gefühlen verletzt und er ging hin und zeigte seinen Berufskollegen an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Sch w a r g. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Holzleer, Kohlenleer und Karbolinum empfiehlt Reinb. Büsen, Arminstrasse 1 a.

Beerdigungsanstalt G. Müter Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13. Uebernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstätten, Metall-, Perl- u. Blattränzen. Einkleidungen jeder Art. Billigste Preise.

Wilhelm Rahfoth, Untertrave 113. Weine und Spirituosen in jeder Preislage und in nur besten Qualitäten.

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt J. H. Stooß, Engelsgrube. Verloren Halskette mit ausländischer Münze. Abzugeben gegen Belohnung. Watenstr. 15 a, part.